

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Senft **3** Silvio Gesells Argentinien – Wirtschaftsentwicklung und Währungs- politik in Argentinien 1880 bis 1900
- Edoardo Beretta **15** Silvio Gesells Internationale Valuta- Assoziation – Das Gestern und Heute eines noch aktuellen Beitrags zur Re- form der globalen Währungsordnung
- Thomas Betz **25** Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking – Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären
- Felix Wilke **36** Geldkonzepte in Soziologie und Freiwirtschaft – Unterschätzte Dimensionen der Wahlfreiheit
- Hans-Günter Wagner **46** Geld, Arbeit und Natur in der buddhistischen Ökonomie
- 57** Berichte - Bücher - Veranstaltungen
- 87** 51. Mündener Gespräche "Jenseits von Kapitalmacht und Lohnabhängigkeit"

## BERICHTE

### ■ Wachstumswänge in der Geldwirtschaft – Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld

Mit dem vorliegenden Zwischenbericht, der im Rahmen des Symposiums "Geld und Nachhaltigkeit" am 30./31. März 2012 in Berlin vorgestellt wurde, versucht die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld, im breiten Diskurs zu ökologischer Nachhaltigkeit und der damit einhergehenden Wachstumskritik eine bisher unzureichend eingenommene Perspektive zu begründen und abzugrenzen. Es geht um die Prüfung der These, inwiefern ein rein ökonomisches Gleichgewicht in der Geldwirtschaft jeglichen Konzeptionen von (ökologischer) Nachhaltigkeit grundsätzlich im Wege steht. Damit implizieren wir, im Sinne einer sozial-ökologischen Nachhaltigkeit, dass die Wirtschaft keinen monetär bedingten Wachstumswängen und -notwendigkeiten unterliegen darf.

In unserer Arbeit analysieren wir im ersten Teil zunächst die Kreditgeldschöpfung im zweistufigen Bankensystem und identifizieren dabei die Liquiditätspräferenz als Schlüsselgröße für das Zinsniveau. Sollen Inflations- und Instabilitätsrisiken vermieden werden, bestimmt (im „Normalbetrieb“) die Liquiditätspräferenz der Sparer eine Untergrenze des Leitzinses wie auch die Rentabilitätsschwelle von Investitionen. Die Liquiditätspräferenz stellt damit eine Einschränkung des geldpolitischen Handlungsspielraums der Zentralbank dar. Mit den gegenwärtigen geldpolitischen Instrumentarien und Zielen kann der Leitzins nicht in den Bereich unterhalb der Liquiditätspräferenz fallen, weil sonst die Stabilität der Wirtschaft gefährdet wäre: Durch die „zu niedrigen“ Kosten der kurzfristigen Zentralbankrefinanzierung würden Geschäftsbanken tendenziell dazu verleitet Kredite zu vergeben, ohne die Verbindlichkeiten ausreichend auf die Fristen der Forderungen anzupassen.

Das von uns herausgestellte „Steuerungsdi- lemma“ besteht in dem Zielkonflikt, dass die

Zentralbank entweder die Leitzinsen künstlich hoch halten kann, um ein Inflationspotential durch Blasenbildung zu vermeiden, dafür aber eine Unterauslastung der Wirtschaft in Kauf nehmen muss (Investitionen erscheinen unrentabel); oder aber eine Konjunkturbelebung verfolgt, dabei aber mit ihrer Niedrigzinspolitik Blasenbildung und Inflation riskiert. Entscheidet sich die Zentralbank schließlich irgendwann doch zu einer Erhöhung der Leitzinsen, sticht sie die Blase ein – mit der Folge einer Rezession. (So haben wir die gegenwärtige, von den USA ausgehende Finanzkrise interpretiert: am Anfang stand die drastische Leitzinserhöhung der FED). Nullwachstum oder gar Schrumpfung sind so nicht möglich, ohne Stagnation, d.h. Erwerbslosigkeit und eine Unterauslastung der Kapazitäten hinzunehmen.

Angesichts dieses Dilemmas verankern Zentralbanken explizit ein Inflationsziel, um nicht Gefahr zu laufen, in einer Rezession in den Sog einer Deflationsspirale zu geraten. Ein Inflationsziel gewährt der Zentralbank den Spielraum, mit niedrigen, nominal positiven Leitzinsen (also auch ohne Unterschreitung der Nullzinsschranke) kurzfristig negative Realzinsen zu erzeugen. Da das Inflationsziel z.B. in den OECD Ländern auch während der Krise bisher sehr moderat gewählt wird (weil eine zu hohe Inflation als nicht akzeptabel gilt), fällt dort auch der Spielraum für eine Realzinssenkung zur Krisenbewältigung entsprechend klein aus.

An dieser „Theorie des Dilemmas der Zentralbank“ wurde während des Symposiums an verschiedenen Punkten Kritik geübt. Die aufgestellte Theorie, dass Banken die Fristigkeiten ihrer Verbindlichkeiten tendenziell an ihren Forderungen ausrichten (müssen), trifft möglicherweise nur auf kleine Banken zu. Große Banken vereinigen so viel bargeldlosen Zahlungsverkehr unter einem Dach, dass sie im Normalbetrieb kaum durch Bargeldreservenabzüge gefährdet sind. Sie halten daher ihre Verbindlichkeiten kurzfristig bzw. als Giro Guthaben und bieten womöglich nur deshalb Zinsen auf Spareinlagen, weil so der Abzug der Guthaben zu anderen Banken verhindert wird. Das Kalkül der Geschäftsbanken, Sparzinsen anzubieten, ließe sich demnach weniger

daraus ableiten, dass die Verbindlichkeiten kurzfristig in Zentralbankgeld fällig werden könnten, sondern vielmehr daraus, dass die Guthaben andernfalls womöglich kurzfristig in Girobankgeld an andere Banken transferiert und dort gehalten würden. Große Banken dürften also mit der Einlageverzinsung eher die Bindung von Kundeneinlagen bezwecken, um ihre Bilanz zu verlängern, und weniger die tendenzielle Kongruenz ihrer Fristigkeiten im Auge haben.

Auch die Steuerungsmöglichkeit der Notenbank über den Leitzins wurde in Frage gestellt. Unsere Argumentation lautete, dass eine jederzeit drohende Leitzinsänderung auf Banken disziplinarisch in Richtung einer besseren Fristenstrukturierung wirkt, weil sich dadurch die kurzfristige Refinanzierung schlagartig verteuern könnte. Jedoch bleibt zu klären, ob aus der obigen Argumentation tatsächlich auf eine weitgehende Machtlosigkeit der Zentralbank bei der Ausgestaltung der Zinsstrukturkurve geschlossen werden kann: Auch wenn Geschäftsbanken kaum auf Reserven von der Zentralbank angewiesen wären, bleibt für die Zentralbank der Hebel bestehen, den Korridor für den Geldmarktzinssatz festlegen zu können. Ein Bestreben seitens der Geschäftsbanken, die Kurzfristigkeit von Verbindlichkeiten zu vermeiden, kann somit zumindest nicht ausgeschlossen werden.

Auch verbleibt Klärungsbedarf bezüglich der Bestimmungsgründe der Zinsstruktur, wenn unserer These der Liquiditätspräferenz der Vermögenden nicht gefolgt werden kann. Durch die Modellierung einer Liquiditätspräferenz seitens der Banken konnte aber im Rahmen postkeynesianischer Modellbildung bereits gezeigt werden, dass beispielsweise auch das Zinsniveau von Staatsanleihen immer ausreichend hoch sein muss, dass Banken bereit sind diese zu kaufen und auf diese Weise Geld freizusetzen. Eine weitergehende Fundierung und Differenzierung der auf der Liquiditätspräferenz aufbauenden Argumentation verbleibt für unsere zukünftige Arbeit.

Unser Versuch der Veranschaulichung durch die US-Immobilienkrise und die Japankrise zog Kritik auf sich hinsichtlich einer unzulässigen Pauschalisierung von Krisen bzw. der Reduktion auf monokausale Erklärungsmuster. Hier bleibt

zu prüfen, inwiefern dem zweifellos spezifischen Charakter und Kontext jeder einzelnen Krise auch bei vergleichsweise abstrakten Analysen der grundsätzlichen Funktionsweise der Geldwirtschaft Rechnung zu tragen ist.

Unser Forschungsdesign gestaltete sich nach der Prämisse, wachstumsbezogene Zwänge und Bruchstellen innerhalb der Geld- und Finanzarchitektur herauszuarbeiten. Im zweiten Teil verwenden wir hierzu ein störungstheoretisches Modell, innerhalb dessen wir den Einfluss eines zusätzlichen Kredits bei einer ansonsten im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft betrachten. Für die Gläubigerseite werden dabei verschiedene Handlungsoptionen angeboten, die Zinserträge zu verwenden: Konsum, Ankauf nicht-monetärer Vermögen, spekulative Bargeldhaltung und Bildung von Einlagen (monetäre Verbindlichkeiten), sowie reale Investitionen. Die Fluss- und Bestandsgrößen jedes dieser Szenarien werden über mehrere Kreditzyklen hinweg analysiert, wobei wir die Veränderung der Sachvermögen, des Bruttoinlandsprodukts und der monetären Vermögen und Verbindlichkeiten in Sektorbilanzen betrachten. Mit dem gewählten störungstheoretischen Modell konnten wir monetär bedingte Wachstumszwänge identifizieren:

Ein Schlüsselergebnis ist, dass im Falle vollständigen Konsums und bei bloßer Umverteilung nicht-monetärer Vermögen kein (dauerhaftes) Wachstum und keinerlei Wachstumszwänge aus der Geldwirtschaft entstehen; weder bezogen auf das BIP noch auf die monetären Vermögen. Allerdings lässt sich zeigen, dass diese beiden Szenarien mittelfristig nicht dominant sind, sofern die realitätsnahen Annahmen einer sinkenden marginalen Konsumneigung auf der Gläubiger- und einer begrenzten Verfügbarkeit von Sachvermögen auf der Schuldnerseite in die Modellierung einbezogen werden. Im Falle spekulativer Bargeldhaltung und der Bildung von Einlagen ergeben sich klar monetär bedingte Wachstumszwänge, die unmittelbar zu einer exponentiellen Ausweitung der monetären Vermögen und mittelbar auch zu einem realwirtschaftlichen Wachstumszwang führen. Werden die Einkünfte hingegen für Investitionen verwendet, ergibt sich zwar ein exponentielles Wachstum, dies muss aller-

dings als Resultat eines Wachstumsdrangs gewertet werden. Unter den betrachteten Bedingungen ergibt sich mittelfristig eine Dominanz der exponentiellen monetären Wachstumszwänge, deren Wachstumsgeschwindigkeit von der Höhe der marginalen Konsumneigung und der Liquiditätsverzichtsprämie beeinflusst wird.

Die Ergebnisse der Modellanalyse lassen sich dahingehend interpretieren, dass nicht das Verhalten der Schuldnerseite, sondern vielmehr das der Gläubigerseite die zentrale Weichenstellung vornimmt: Der Schuldner ist zwar in der Lage, verschiedene Optionen zur Tilgung und Zinszahlung anzustreben, hat jedoch keinen Spielraum, solange die Gläubigerseite die dafür nötige Liquidität nicht wieder zur Verfügung stellt. Inwieweit die Schuldnerseite die verschiedenen Optionen zur Tilgung tatsächlich wahrnehmen kann, entscheidet somit die Gläubigerseite; insbesondere durch die Entscheidung zwischen Konsum oder Nicht-Konsum ihrer Einkünfte: Durch ihren Nicht-Konsum löst die Gläubigerseite eine exponentielle Entwicklung der Schulden- und Vermögensbestände aus und initiiert somit einen monetären Wachstumszwang. Dabei hat es sich als qualitativ irrelevant herausgestellt, ob Einkommen in einer Spareinlage oder als Bar- bzw. Buchgeld in der Spekulationskasse gehalten werden. Jegliches Halten monetärer Vermögen führte im Modell zu einem Wachstumszwang.

Bestimmte Faktoren wirken nicht nur als Wachstumszwang, sondern behindern gleichzeitig die volle Entfaltung des ökonomischen Potentials. Solche „Wachstumsbremsen“ konnten wir im monetären Bereich anhand qualitativer Allokationsmodelle identifizieren. Mit der Sparneigung der Gläubiger begegnete uns der gleiche monetäre Einfluss, den wir zuvor als Wachstumszwang identifizieren konnten. In ähnlicher Weise konnten wir feststellen, dass eine hohe Liquiditätsverzichtsprämie Zwänge und Bremsen gleichermaßen verschärft. Die Erkenntnis, dass einzelne Einflussfaktoren gleichzeitig als Wachstumszwang und als Wachstumsbremse auftreten, macht nicht nur das komplexe Wirkungsgefüge der bestehenden Finanzarchitektur deutlich, sondern begründet auch, dass die modellierte Geld- und Finanzarchitektur aus sich selbst heraus (mittelfristig) instabil ist.

Auch die Theorie des Dilemmas der Zentralbank begründete eine inhärente Stagnationstendenz von Geldwirtschaften. Die Makro-Analyse knüpfte an den keynesianischen Mechanismus an, wonach Sparen und Investitionen nicht über den Zins, sondern über die Anpassung des Volkseinkommens ins Gleichgewicht gebracht werden. Weil der Zins aufgrund der Liquiditätsprämie der Geldhaltung nicht ausreichend sinken kann, um die hohen Sparwünsche zu absorbieren, sinken die Investitionen unter ihr Potential und erzwingen somit ein abnehmendes Sparvolumen. Damit ist neben dem Wachstumszwang ein ständiger Druck der Anpassung des Volkseinkommens nach unten gegeben, der als eine weitere monetäre Wachstumsbremse identifiziert werden kann.

Das Symposium hat gezeigt, dass andere Arbeiten und Modellierungsansätze zu vergleichbaren Ergebnissen gelangen. Allerdings wurden auch einige Grenzen der bisherigen Modellierung aufgezeigt, die in zukünftiger Forschungsarbeit berücksichtigt werden sollten. So wurden mögliche Entscheidungsfreiheiten und Insolvenzen der Schuldnerseite im Modell bisher nicht ausreichend berücksichtigt und die Handlungsmöglichkeiten der Zentralbank noch nicht integriert. Auch spielt im Investitions-Szenario die Bandbreite möglicher Unternehmensformen bisher keine Rolle. Schrittweise können diese Faktoren jedoch in das Modell integriert und somit endogenisiert werden, um die Realitätsnähe der Modellierung und dessen Aussagekraft zu erhöhen. Die konstatierten Grenzen der Modellierung und die große Zahl der darauf aufbauenden Fragen zeigen Perspektiven für zukünftige Forschung auf.

Auf Basis der Analyseergebnisse konnten Ansatzpunkte zur Überwindung monetär bedingter Wachstumszwänge und hin zu einer stabileren, nachhaltigeren Geld- und Finanzarchitektur aufgezeigt werden. Sie setzen primär beim Verhalten der Gläubigerseite und auf der Guthaben- und Vermögensseite der monetären Vermögen an:

- a) Durch eine stärkere funktionale Trennung der Transaktions- und der Wertaufbewahrungsfunktion könnte der Notwendigkeit der Kreditausweitung begegnet werden.
- b) Durch ein verändertes Anreizsystem (z.B. ent-

sprechende Beeinflussung der Liquiditätsprämie) könnte sich das Wachstum der Nominalvermögen begrenzen lassen, um so zugleich eine Absenkung des Zinsniveaus kurzfristiger Sparvermögen bis unter Null zu ermöglichen.

c) Über geeignete fiskalische und/oder geldpolitische Maßnahmen könnte eine Abschmelzung der stetig wachsenden monetären Vermögen gewährleistet werden.

Aufbauend auf der Analyse des zweistufigen Kreditgeldsystems lässt sich die gestellte Forschungsfrage zumindest in Rahmen der zugrunde gelegten Annahmen des Modells positiv beantworten: Unabhängig von der Quelle der Einkommen ist demnach die Entscheidung relevant, ob diese unmittelbar für den Konsum verwendet werden oder nicht: Ein Wachstumszwang ergibt sich paradoxerweise langfristig genau dann, wenn Einkünfte nicht zeitnah konsumiert werden. Jegliches Zurückhalten oder Transformieren von Liquidität in die Langfrist führte im Modell zu einem Wachstumszwang. Unter Annahme einer positiven Liquiditätspräferenz und einer sinkenden marginalen Konsumneigung nehmen die monetären Vermögen auf der Gläubigerseite und damit das Kreditvolumen stetig zu. Deshalb ist die modellierte Geld- und Finanzarchitektur ohne Wachstum mittelfristig instabil.

Fazit: Eine Ökonomie ohne Wachstum kann einer Gesellschaft nur dann eine stabile Basis bieten, wenn die als problematisch identifizierten Aspekte angegangen werden; konkret also die Notwendigkeit zur Kreditausweitung bei Nicht-Konsum sowie das anhaltende, automatische Wachstum der monetären Vermögen. Unzweifelhaft ist somit, dass ohne eine Lösung der monetär bedingten Wachstumszwänge die ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen nicht in ihrer Gesamtheit effektiv angegangen werden können.

Neben der Evaluation unserer Argumentation und Ergebnisse sind weiterführende Forschungen angebracht, die aufgeworfenen Fragen zu bearbeiten, mögliche Ansätze zu bewerten und sie zu umsetzbaren Instrumenten weiter zu entwickeln, um damit gangbare Wege zu einer stabileren, nachhaltigeren Geld- und Finanzarchitektur aufzuzeigen.

Die Autoren: Christoph Freydorf (Universität Erfurt), Christian Kimmich (Humboldt Universität Berlin), Thomas Koudela, Ludwig Schuster, Ferdinand Wenzlaff (Leuphana Universität Lüneburg).

Die Langfassung dieser Studie steht zum Download bereit unter <http://www.geld-und-nachhaltigkeit.de>



### ■ **“Faire mouvement – Rencontre internationale des Acteurs des Monnaies Sociales et Complémentaires”**

Unter diesem Titel fand im Februar 2011 an der Universität Lyon/Frankreich eine internationale Konferenz über Komplementärwährungen statt. An dieser von Dr. Jerome Blanc organisierten Konferenz haben mehr als 250 TheoretikerInnen und PraktikerInnen aus mehreren Ländern teilgenommen. Die inhaltlichen Beiträge können auf diesen beiden Internetseiten gelesen bzw. angehört werden:

<http://www.monnaiesendebat.org>

<http://www.youtube.com/user/Monnaiesendebat?feature=watch>

### ■ **Euro & Drachme**

Christian Gelleri & Thomas Mayer:

**“Expressgeld statt Euroaustritt – Wirtschaftsaufschwung in den Krisenstaaten durch umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Regiogeld!”** in deutscher, englischer, französischer, griechischer und portugiesischer Sprache auf der Website [www.eurorettung.org](http://www.eurorettung.org)

### ■ **Thesenpapier des Seminars für freiheitliche Ordnung**

[http://www.sffo.de/sffo/SFFO\\_Hellas\\_3-fach\\_aus-der-Krise.pdf](http://www.sffo.de/sffo/SFFO_Hellas_3-fach_aus-der-Krise.pdf)

Udo Neuhäusser:

**“Der dritte Weg – Parallelwährungen als Ausweg aus der Eurokrise”**, in: Handelsblatt-News-

letter vom 6.3.2012. [http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2012/03/der-dritte-weg/?utm\\_source=feed&utm\\_medium=handelsblatt](http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2012/03/der-dritte-weg/?utm_source=feed&utm_medium=handelsblatt)

Wolfgang Proissel:

**“Griechen sollen Sonder-Euro kriegen – Gespräch mit Polens Notenbankchef Marek Belka”**  
in: Financial Times Deutschland vom 28.3.2012  
<http://www.ftd.de/politik/international/:ftd-gespraech-mit-polens-notenbankchef-griechen-sollen-sonder-euro-kriegen/70015611.html?autor=5000484>

Eric Bonse:

**“Euro – Geuro Grexit-Szenario”** in: taz vom 23.5.2012  
<http://www.taz.de/Welches-Schicksal-droht-den-Griechen!/93867/>

**Interview mit Bernard Lietaer** in der taz am 5. Juni 2012  
<http://taz.de/Alternativer-Finanzexperte-zu-Griechenland!/94639/>

Workshop **“Parallelwährungen – Chancen, Optionen, Risiken”** des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft am 24.7.2012 in Berlin  
[http://www.bvmw.de/uploads/media/einladung\\_workshop.pdf](http://www.bvmw.de/uploads/media/einladung_workshop.pdf)

Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge wird Ende September auf der Website [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de) bereitgestellt.



Abbildung: Christina von Puttkamer, München  
[www.cvp-design.de](http://www.cvp-design.de)

## B Ü C H E R

### ■ Jacques Le Goff Geld im Mittelalter

Stuttgart: Klett-Cotta Verlag, 2011. 279 Seiten.

Die theologische Erfindung des Fegefeuers als befristete post-mortem Strafe für den zinsnehmenden mittelalterlichen Geldverleiher ohne Gefährdung seines ewigen Seelenheils ebnete den Weg für die spätere Geburt des Kapitalismus. Mit dieser These überraschte der namhafte französische Mediävist Jacques Le Goff in seinem Buch „Wucherzins und Höllenqualen“ Mitte der 1980er Jahre. In seinem neuen Buch „Geld im Mittelalter“ setzt er sich erneut mit der gesellschaftlichen Rolle des Geldes in diesem Zeitabschnitt auseinander. Der Fokus Le Goffs liegt auf der Periode zwischen dem 13. und dem 15. Jahrhundert, in der im Gegensatz zum Römischen Reich das Geld (im Sinne von Münzgeld) „keine vorrangige Rolle gespielt hat, weder in ökonomischer oder politischer, noch in psychologischer oder ethischer Sicht“. Das Buch ist keine systematische Analyse dieser Zeitperiode, sondern eher eine fragmentarische Darstellung in Form einer Sammlung von Essays, in denen er Themen wie den Umgang mit Geld von Städten und Staaten, den Geldverleih, die unterschiedlichen Arten des Geldes oder die Bettelorden an Beispielen erläutert.

Das frühe Mittelalter (6.-12. Jahrhundert) berücksichtigt Le Goff nur auf wenigen Seiten. In diesem Zeitabschnitt der „dark ages“ scheint die Geldwirtschaft mit dem Untergang des Römischen Reiches einige Jahrhunderte unterbrochen zu sein. Es gibt kaum neue Münzprägung und die Menschheit kehrt zum Tauschhandel zurück. Ein merkwürdiger Befund, der der umstrittenen These der Nicht-Existenz eines Teils dieses Zeitabschnitts (vertreten von Heribert Illig und anderen Forschern) weitere Nahrung gibt. Sogar für das 12. Jahrhundert ist die Rolle und Bedeutung des Geldes für die Historiker noch ein weißer Fleck. So kann für diesen Zeitabschnitt aufgrund der spärlichen Quellen oft nicht einmal festgestellt werden, welche Art des Geldes (Münzgeld

oder Buchgeld) im Zahlungsverkehr genutzt wurde.

Ab dem 13. Jahrhundert gab es auf jeden Fall eine Renaissance der Geldwirtschaft. Als wichtigste Ursache für den zunehmenden Geldbedarf und die Expansion des Münzgeldes in dieser Periode identifiziert Le Goff den Aufschwung der Städte und damit verbunden den Bau der Dome und Kathedralen. Im Gegensatz zu der in der Freiwirtschaft oft vertretenen These einer blühenden Wirtschaft als Folge des Brakteaten-Systems vertritt Le Goff die Ansicht, dass der Kathedralenbau wegen der Kreditaufnahme zu einer hohen finanziellen Belastung von Kirchen und Städten führte und öfters zum Erliegen kam. Neben den Kreuzzügen und der Aufsplitterung der Geldmärkte führte der Kathedralenbau eher zu Stockungen der europäischen Wirtschaft. Die aufkommende Geldwirtschaft brachte nicht nur eine Rationalisierung (doppelte Buchführung) und Monetarisierung der Gesellschaft (Monopolisierung der Münzprägung und -ausgabe, Entstehung von Banken, Fiskalpolitik auf Basis einer Erhebung von Steuern in Geld) mit sich, sondern führte auch zu den typischen Begleiterscheinungen in Form von wachsender sozialer Ungleichheit, Verschuldung und ethischer bzw. theologischer Problematisierung des Zinses, der Gewinne und der Preisbildung (Forderung nach „gerechten“ Preisen). Le Goff korrigiert in diesem Zusammenhang die verbreitete These, dass Juden vorwiegend als Geldverleiher auftraten. Oft wurden Juden durch christliche Geldverleiher verdrängt, insbesondere nachdem im 14. und 15. Jahrhundert die Verleihung gegen Zins allmählich rehabilitiert wurde.

Trotz dieser modernen „kapitalistischen“ Begleiterscheinungen der Geldwirtschaft waren – und das ist die zentrale Aussage dieses Buches – der mittelalterliche Mensch und seine Wertschätzung und Gebrauch des (Münz-)Geldes grundlegend anders als heute. Die Geldwirtschaft war zu dieser Zeit noch von der christlichen Religion dominiert. Le Goff verwendet in seinem Buch demnach auch konsequent den Begriff „christliches Mittelalter“ oder die „Christenheit“ als gesellschaftlichen Rahmen für seine Ausführungen. Das ökonomische Handlungsprinzip war die „ca-

ritas“, Barmherzigkeit, Wohltätigkeit und Mäzenatentum. Das Almosengeben rechtfertigte die Verwendung von Geld. Das (Münz-)Geld (und seine Verwendung) war demnach kein eigenständiger Akteur, sondern eingebettet in christliche Ethik, der *caritas* untergeordnet. „Über dem Recht stand die *caritas*, die Freundschaft, das heißt ‚gegenseitiges Wohlwollen‘ und Gerechtigkeit, wobei *caritas* vor Gerechtigkeit kam.“

Viele Historiker des Phänomens „Kapitalismus“ betrachten das Mittelalter durch die heutige Brille und versuchen diese Zeitperiode als frühkapitalistische Periode in der Evolution des Kapitalismus einzubetten, eine Evolution, die letztendlich unausweichlich in einen heutigen Endpunkt ökonomischer Theorie und Praxis enden musste. Dieser Annahme widerspricht Le Goff als Anachronismus der Geschichtsschreibung. Der Mensch im Mittelalter war anders und handelte als Wirtschaftsakteur anders als Menschen im Römischen Reich oder in der Neuzeit. Le Goff definiert das Mittelalter demnach über diese andersartige Gesinnung und spricht über das „lange“ Mittelalter, das bis zum 18. Jahrhundert dauerte, in dem der Kapitalismus erst durch einen anderen Umgang mit Geld in Gang kam. Er beschließt sein lesenswertes Buch mit der Aussage: „Im Mittelalter konnten weder das Geld noch wirtschaftliche Macht sich aus dem allumfassenden Wertesystem christlicher Religion und Gesellschaft lösen. Die Kreativität des Mittelalters offenbart sich in ganz anderen Bereichen.“ Die Macht der Ethik und Religion kann offenbar einen nachhaltigen Einfluss auf das Wirtschaftssystem ausüben. Das ist ein historischer Beleg, der für die heutige Zeit, in dem das Primat der wirtschaftlichen Gesetze des Marktes als unausweichlich gilt, den Idealisten Hoffnung und Antrieb geben kann.

*Hugo Godschalk*

### ■ Karlheinz A. Geißler Alles hat seine Zeit, nur ich hab keine – Wege in eine neue Zeitkultur

München: oekom Verlag, 2011. 251 Seiten.

„Zeit ist Geld“. Versteht man diese Devise nicht als Mahnung und Empfehlung, sondern eher als Kennzeichnung einer gesellschaftlichen

Fehlentwicklung, ist treffend benannt, was das angezeigte Buch mit den Anliegen dieser Zeitschrift verbindet. Denn es ist kein Zeitmanagement-Ratgeber mit dem Ziel, im Wettlauf der Arbeitswelt besser mitzuhalten, sondern wirft einen kritisch-analytischen Blick auf langfristige Wandlungen des Zeiterlebens. Allerdings geht es – anders als der Untertitel vermuten lässt – nicht etwa um Rahmenbedingungen einer lebensdienlichen Zeitkultur, sondern vorbereitend darum, durch Rückschau unseren Zeitverlust besser zu verstehen. Erst im kurzen Schlusskapitel formuliert der Autor Ansätze, wie zumindest der Einzelne der „Zeitfalle“ entkommen kann. Dieser eingeschränkten Zielsetzung einer gesellschaftlichen Diagnose und persönlicher Hilfestellung wird das Buch indes auf erhellende Weise gerecht und dies sowohl tiefschürfend als auch vergnüglich und unterhaltsam.

Karlheinz A. Geißler studierte Philosophie, Ökonomie und Pädagogik und war Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität der Bundeswehr in München. Durch seine Bücher „Wart mal schnell“ und „Mach mal Pause“ ist er als Zeitforscher bekannt, auch als Mitbegründer des Tutzingener Projekts „Ökologie der Zeit“ und der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik. Sein neues Werk beleuchtet drei Phasen des Zeiterlebens, zunächst die Vormoderne, die er unter Salomos Leitspruch „Alles hat seine Zeit“ stellt, dann die vor ca. 500 Jahren einsetzende Moderne, gekennzeichnet durch die Allmacht der Uhr, und schließlich die Postmoderne der Gegenwart.

In der Vormoderne lebten die Menschen in Kreisläufen des Kosmos und der Natur und markierten die Rhythmen des Werdens und Vergehens durch Feste, Bräuche und Traditionen. Zeit galt als gottgegeben. Deswegen wurden Zinsnehmende Geldverleiher als Zeitdiebe erkannt (wie es Michael Ende in „Momo“ wunderbar darstellte). Aus einem Handbuch für Beichtväter zitiert Geißler dafür eine bemerkenswerte Erläuterung, zu der man wissen muss, dass früher unter „Wucher“ nicht nur übermäßiger, sondern jeglicher Zins verstanden wurde: „Der Wucherer leiht dem Schuldner nicht, was ihm gehört, sondern nur die Zeit, die Gott gehört. Er darf also keinen Gewinn aus dem Verleih fremden Eigentums

machen. Die Wucherer sind Diebe, denn sie handeln mit der Zeit, die ihnen nicht gehört; und mit dem Eigentum eines andren gegen den Willen des Besitzers zu handeln, ist Diebstahl. Und da sie außerdem mit nichts anderem als mit erwartetem Geld, das bedeutet mit Zeit, handeln, treiben sie mit Tagen und Nächten Handel. Der Tag aber ist die Zeit der Helligkeit und die Nacht die Zeit der friedvollen Ruhe. Also handeln sie mit Licht und friedvoller Ruhe. So wäre es nicht gerecht, wenn sie das ewige Licht und den ewigen Frieden erlangten.“ (S. 48)

Treffend weist der von Geißler zitierte Mittelalterforscher Aaron Gurjewitsch („Himmliches und irdisches Leben“) darauf hin, dass „Wucherei“ die einzige Sünde sei, die keine Pause kennt. „Ehebrecher, Wollüstige, Mörder, Meineidige und Gotteslästerer werden ihrer Sünden irgendwann einmal überdrüssig – nicht so die Wucherer. Selbst wenn ein Wucherer schläft, gehen seine Geschäfte munter fort, und er zieht aus ihnen seinen Gewinn.“

Die Moderne, die Geißler als „Uhrzeitimperialismus“ bezeichnet, wirft diese Einschätzung der Zinsnahme über Bord. Statt in der Vielfalt natürlicher Rhythmen zu leben, unterwirft der Mensch sich und seine Mitwelt dem starren Takt des Uhrzeigers und macht aus Zeit Geld. Wie bei Dienstleistungen wird auch für Geldleihe in Form von Zins ein Entgelt pro Zeiteinheit berechnet. Zeit wird zur handelbaren Ware. „Die fortschreitende Durchsetzung und die immer breitere Akzeptanz der abstrakten Uhrzeit als zentralem Bezugspunkt der Zeitordnung und der Zeitorientierung ist mit dem Fortschreiten des Kapitalismus als Wirtschafts- und als Lebensform untrennbar wechselwirksam verknüpft.“ (S. 106) Weil kapitalistische Wirtschaft wachsen muss, wird Beschleunigung ihr Grundgesetz, prägt alle Lebensbereiche und wird als Fortschritt angepriesen, obwohl die Menschen zu Gehetzten werden.

Im Unterschied zu dem beschleunigten Nacheinander der uhrzeitgeprägten Moderne kennzeichnet Geißler die erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts einsetzende „Postmoderne“ mit der Wendung „Alles zu jeder Zeit“. Typisch hierfür sei der „Simultant“, der dank technischer Kommunikationsmittel mehreres gleichzeitig macht, wäh-



rend der Dusche Radionachrichten hört, beim Autofahren Hörbücher studiert und beim Telefonieren E-Mails liest. Handlungs- und Zeitverdichtung versprechen ein Mehr an Freiheit und Optionen und dienen doch nur weiterer Beschleunigung.

Mit einer solchen Postmoderne malt Geißler freilich keine erstrebenswerte Zukunft. Stattdessen begnügt er sich im Schlusskapitel mit einigen Hinweisen, den neuen Abhängigkeiten auszuweichen: die vielfarbigen Zeitqualitäten der Natur und des Lebens entdecken und pflegen, Rhythmen beachten, enthetzen, Geduld üben und Pausen einlegen. Dann sei Zeit nicht money, sondern honey.

Wenn man aufgriffe, was eine sensible Minderheit kulturell Kreativer schon lebt, könnte man ein umfassenderes und positives Bild künftigen Zeiterlebens zeichnen, das (im Unterscheid zu Geißler, S.46) den Fortschrittsgedanken nicht verwirft, sondern Entwicklung fördert. Wie auch Geißler erkennt, kann eine erstrebenswerte Zukunft weder durch Rückkehr zur Vormoderne noch in beschleunigter Moderne gefunden werden. Aber beide Phasen enthalten Elemente, die durch Kombination Neues ermöglichen. Verbinden sich Kreislauf- und Fortschrittsdenken, ergibt sich das Bild der Helix, die ähnlich einer Wendeltreppe Früheres auf höherem Niveau wiederholt und ein neues Zeitalter günstiger prägen könnte als der Simultant.

Indem das Buch nach vorne offen bleibt, ist es umso anregender. Da flüssig und humorvoll geschrieben und mit vielen plastischen Beispielen angereichert, eignet es sich vorzüglich als Geschenk, nicht zuletzt auch durch Typografien von Traute Langner-Geißler, die mit sinnigen Zitaten zum Innehalten einlädt.

*Roland Geitmann*

### ■ Christina von Braun Der Preis des Geldes – Eine Kulturgeschichte

Berlin: Aufbau Verlag, 2012. 510 Seiten.

In Christina von Brauns Buch „Der Preis des Geldes“ geht es, anders als sich vielleicht vermuten lässt, nicht um den ökonomischen Preis in

Form von Zins, sondern um den sozialen Preis, der die Deckung des Geldes garantiert. Es geht um die Geschichte eines körperlosen Zahlungsmittels, das als letztendliche Deckung seines Wertes nicht Edelmetalle, Boden oder Autorität hat, sondern den menschlichen Körper – aber nicht wie bei Marx durch Ausbeutung der lebendigen menschliche Arbeitskraft, sondern durch Aussonderung und reelle Vernichtung von Leben. Die Autorin verdichtet dies zu dem Satz: „Damit alle ans Geld glauben, müssen einige dran glauben.“ (S. 273)

In ihrer kulturellen und historischen Analyse sozialer und politischer Strukturen zeigt sie auf, wie das Geld als ein Zeichensystem im Laufe der Geschichte immer abstrakter und immaterieller geworden ist, dabei aber gleichzeitig immer neuer Formen der Leiblichkeit bedurfte. In einem atemberaubenden Ritt durch die Geschichte des Geldes und der Zivilisation, von der Antike bis zum modernen Finanzkapitalismus, legt Christina von Braun an vielen Beispielen dar, wie die Entstehung und Entwicklung des Geldwesens nicht die Folge kultureller Veränderungen war, sondern oft deren Ursache, und welche Opfer jeweils zu erbringen waren.

Sie beginnt mit der Münzwirtschaft der Antike und dem griechischen Opfer- und Fruchtbarkeitskult, bei dem Menschenopfer durch Tiere und später durch Geld als Symbol für die Teilnahme am Opfermahl ersetzt wurden. Noch heute erinnern die parallelen Striche in den Währungszeichen von Euro, Pfund, Dollar und Yen an die Hörner der geopferten Stiere. Und die Architektur vieler Banken ist der der griechischen Tempel nachempfunden.

Die parallele Entwicklung von Geld und Christentum, insbesondere im Zusammenhang mit dem griechischen Alphabet, die sich von der im Judentum und Islam, aber auch der in China unterscheidet, zeigt den Zusammenhang von Opfer und Fruchtbarkeit: Erst die symbolische Kastration des männlichen Körpers (vgl. das spätere Zölibat) bei gleichzeitig gewonnener geistiger Potenz „macht das nominalistische Geld zum 'echten', weil zinsfähigen Geld“. (S. 74)

Von Braun beschreibt weiterhin die Bedeutung des Buchdrucks und der Räderwerkhuhr für

die Disziplinierung und Produktivmachung der Menschen, für die Unterwerfung der 'Ichs' unter das Gesetz des Geldes. Der Abstraktionsprozess ermöglicht es dem Geld, selbst zum Akteur und zum Subjekt der Geschichte zu werden, „indem es sich der Subjekte bedient, die seine Gesetze realisieren“. (S. 263) Zu deren Kooperation muss sich stets der Vermehrungstrieb des Geldes als der Vermehrungstrieb des Kapitaleigners ausgeben.

Die Einführung des Papiergeldes im 19. Jahrhundert zeigt endgültig die Substanzlosigkeit, die dem Geld so viel Macht über die Substanz verleiht. Doch spätestens die Aufhebung der Golddeckung und der Beginn der frei flottierenden Währungen ebneten dem Finanzkapitalismus den Weg. Als Opfer für dessen Krisen müssen Arbeits- und Wohnungslose den Preis für den Verlust der Glaubwürdigkeit des Geldes zahlen, ebenso wie plötzlich im Überfluss vorhandene Rekruten als moderne Söldner oder die Mittel- und Rechtlosen dieser Welt, die zu Versuchskaninchen der Pharmaindustrie werden – moderne Menschenopfer des Geldes. Massenentlassungen und Einschnitte in das Sozialsystem verbreiten Furcht vor Verarmung und den „Horror, auf die andere Seite des sakralen Opferkults zu geraten“. (S. 274)

Die psychische Seite des modernen Geldes zeigt sich u.a. in einem Bindungsverlust bei gleichzeitiger Sexualisierung der Gesellschaft. Das frei flottierende Geld schafft frei flottierende Partnerbeziehungen. Menschen scheuen langfristige Beziehungen, „so wie das Geld eine Phobie vor der Bindung an die 'Realwirtschaft' hat.“ (S. 348)

Doch das Gegenstück zur Vernichtungsmacht ist die Erzeugungsmacht des Geldes. Hier zeigt sich schließlich das weibliche Opfer, denn: „Je mehr sich das Geld entleibt, desto mehr bedarf es einer Inkarnation.“ (S. 397) Diese Fleischwerdung wird nirgends besser sichtbar als in der käuflichen Sexualität und der Pornographie als direkte Folge der Geldwirtschaft. Hier wird klar, dass Frauen nicht die Besitzer des Geldes sind, sondern das Geld selbst. In der Prostitution werden die Körper der Frauen zur Beglaubigung des Geldes. Prostituierte „sollten zirkulieren, wie die Münzen selbst“. (S. 394)

In der modernen Reproduktionsmedizin und beim weltweiten Menschen- und Organhandel

wird das Opfer des (weiblichen) Körpers besonders deutlich. Von Braun glaubt, „dass in Fort Knox bald nicht mehr Gold, sondern eingefrorene Embryos gelagert werden. Sie sind das eigentliche 'Kapital' einer Nation und Garant der Währung“. (S. 412) Es verwundert nicht, dass v.a. Frauen aus armen Ländern diese Garantie als Leihmütter erbringen müssen.

Christina von Braun hat den Versuch unternommen, eine Kulturgeschichte des Geldes zu schreiben, die wenig beleuchtete Aspekte des Geldes beinhaltet. Das ist ihr gelungen. Die Stärke des Buches liegt in der Darstellung der Zusammenhänge und Verflechtungen von Geld und Gesellschaft und wie das Geld in die intimsten Prozesse der Menschheit, z.B. die der Reproduktion eingreift. Durch seine verständliche Sprache und teils verblüffende etymologische Herleitungen liest sich das Buch fast wie ein Krimi, dessen Handlung sich über Jahrtausende erstreckt. Die Fülle an Fakten und Zitaten lässt keine einzige Seite als überflüssig erscheinen.

Das Buch ist nach Ansicht der Autorin keine neue Geldutopie, kein Gegenentwurf zur Geschichte des Geldes. Doch sie ist überzeugt: „Das Geld lässt sich 'domestizieren'. (...) Warum sollte nicht eines Tages auch eine vorbeugende Regulierung möglich sein?“ Dabei legt sie ihre Hoffnung in die starken 'Ichs', die das Geld für seine Dynamik braucht, die es wagen könnten, „sich von ihrem Dienstherrn zu verabschieden und 'auf die andere Seite' überzulaufen, also zu Agenten der Geldkritik [kursiv im Original] zu werden“ (S. 440) und das Geld selbst einem Regulativ zu unterwerfen, das uns mehr von seinen Vorteilen und weniger von den Nachteilen spüren lässt.

Es verwundert ein wenig, dass Christina von Braun die Ideen von Silvio Gesell, der sich ausgiebig mit dem Eigenleben des Geldes und mit einem Weg zu seiner Domestizierung befasst hat, nur in einer Fußnote erwähnt, obwohl sie John Maynard Keynes' Kritik an der quasi-natürlichen Selbstvermehrung des Kapitals an mehreren Stellen aufgreift. Leider bleibt auch gänzlich offen, worin ein Regulativ für das zum Subjekt gewordene Geld bestehen könnte und ob es eine Alternative zur Deckung des Geldes durch menschliche Körper geben könnte. Der "Preis des Gel-

des" scheint auch darin zu liegen, dass er ein Krimi mit offenem Ende ist.

*Theophil Wonneberger*

### ■ Joyce Appleby Die unbarmherzige Revolution – Eine Geschichte des Kapitalismus

Hamburg: Murmann Verlag, 2011. 686 Seiten.

Viel wurde bereits über den Kapitalismus geschrieben. So unterschiedlich all diese Analysen und Beschreibungen auch sind, in einem Punkt stimmen sie häufig überein – der Kapitalismus sei eine logische und unausweichliche Konsequenz der gesellschaftlichen Entwicklung. Die amerikanische Historikerin Joyce Appleby, ehemals Präsidentin der American Historical Association, bricht in ihrem Buch mit diesem Mythos. Für sie ist der Kapitalismus nichts anderes als ein Zufall der Geschichte, eine „aufsehenerregende Abweichung von den Normen, die viertausend Jahre lang geherrscht haben“. (S. 24) Auf über 600 Seiten liefert sie eine Fülle von faszinierenden Einblicken in die Entstehungsgeschichte dieser schillernden und sich immer wieder wandelnden Wirtschaftsordnung.

Appleby beginnt ihre Erzählung im 16. Jahrhundert bei den Spaniern und Portugiesen. Deren Entdeckungs- und Handelsreisen in alle Welt brachten Schiffsladungen voll Gewürze, neue Nahrungsmittel sowie bergeweise Gold und Silber nach Europa. Verändert hat das die damalige Gesellschaft aber kaum, denn – wie schon in den Jahrhunderten und Jahrtausenden davor – war der Großteil der Erwerbsbevölkerung mit der Produktion von Nahrungsmitteln beschäftigt. Erst als innovative Anbautechniken eine deutliche Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft ermöglichten, konnten Arbeitskräfte und Kapital für anderweitige Unternehmen freigesetzt werden. Der Zufall der Geschichte wollte, dass sich solch ein Wandel im England des 17. und 18. Jahrhunderts ereignete. Nur dort fand sich, bedingt durch den kommerziell engagierten englischen Adel, die geschwächte Autorität der Krone und eines frühzeitig reformierten Rechtssystems jene Veränderungsbereitschaft, die nötig war, um eine solche Agrarrevolution mit all ihren sozialen

Umwälzungen durchzusetzen. Die im England des 17. Jahrhunderts lebhaft geführten wirtschafts-politischen Debatten (Applebys einstiges wissenschaftliches Spezialgebiet) taten ihr übriges, um jene ganz spezifische rationale Marktlogik her auszubilden, die Adam Smith in seinem berühmten Buch „Wohlstand der Nationen“ als menschliche Natur missverstand. Zunehmend wurden nun private Investitionen zur treibenden Kraft der Wirtschaft. In der Neuen Welt etwa flossen hohe Kapitalinvestitionen in riesige Zucker-, Tabak- und Kaffeeplantagen, in denen mittels der brutalen Ausbeutung versklavter Menschen „die neuen Drogen eines konsumsüchtigen Europas“ (S. 185) produziert wurden. Die Industrialisierung in England hingegen ist für Appleby ein „entschieden freundlicheres Kapitel der Geschichte des Kapitalismus“ (S. 191) – angesichts der harten Arbeit in den „finstren Satansmühlen“, wie der Dichter William Blake die Fabriken der Frühindustrialisierung einst nannte, ein überraschendes Urteil. Appleby argumentiert, die relativ hohen Löhne und die billige Kohle hätten einen starken Anreiz ausgeübt, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen, befeuert mit günstiger fossiler Energie, zu ersetzen. Und in der Tat gelang dies mit unglaublicher Effizienz. Dampfmaschinen, mechanische Webstühle und viele andere Erfindungen, die durch den rasanten Fortschritt in Wissenschaft und Technologie geschaffen wurden, erhöhten in der Zeit vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die Arbeitsproduktivität um das Zweihundertfache. Dieses Erfolgsmodell wurde nacheinander von den Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern kopiert. Zentral ist hier für Appleby eines: „Der Kapitalismus trat [...] mit einer englischen Prägung in die Geschichte ein“ (S. 35) und jedes Land hat „seine Werte und Verfahrensweisen auf seine eigene Weise an[ge]passt“. (S. 36) Wie genau dies allerdings geschah und wieso sich dadurch der Kapitalismus weltweit dauerhaft etablieren konnte, kann die Autorin im Folgenden nicht schlüssig herausarbeiten.

Die letzten zwei Drittel des Buches bestehen aus einer merkwürdig ausufernden Aufzählung geschichtlicher Ereignisse, die wenig Auskunft

gibt über das Wesen und den Formenwandel des Kapitalismus. Appleby berichtet vom Aufstieg Deutschlands und der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert, von den Unternehmerpersönlichkeiten des frühen 20. Jahrhunderts, die riesige monopolistische Unternehmen errichteten, von der Entstehung der Konsumgesellschaft, dem Managerkapitalismus, der langen Boomphase der Wirtschaft nach den zwei Weltkriegen bis hin zur aktuellen Finanzkrise. Vom belgischen Kolonialismus in Afrika bis zur Arbeiterbewegung der USA, von der Modernisierung Japans bis zum Siegeszug des Computers versucht die Autorin alles, aber auch wirklich alles abzuhandeln. Analytisch kann Appleby daraus wenig gewinnen – der Kapitalismus bleibt für sie ein „Chamäleon“ (S. 344), das eine „unauflösbare Verbindung mit dem Wandel“ (S. 463) eingegangen habe.

Vielleicht hätte man für eine präzisere Analyse der Strukturgesetzmäßigkeiten und Wirkungsweisen des Kapitalismus eher zentrale Aspekte herausgreifen müssen, statt die Geschichte der ökonomischen Moderne umfassend nachzuerzählen. So werden beispielsweise die Entwicklungen der Finanzinstitutionen zwar sporadisch erwähnt (etwa S. 158; 259; 273; 314; 570ff), aber faktisch kaum einbezogen. Eine fast schon sträfliche Vernachlässigung – schließlich wird hier Kapital ja erst geschaffen und mobilisiert. Insgesamt bietet Applebys Buch einen lesenswerten Einblick in die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus. Die Autorin spart auch nicht dessen Schattenseiten aus, seien es unberechenbare Konjunkturschwankungen, die enorme Ungleichverteilung von Wohlstand oder die ökologischen Probleme. Sie endet allerdings mit einer recht optimistischen Note: „Es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass die Gesellschaft die Wirtschaft auf der Basis sozialer Ziele umgestalten und ihren Zustand immer wieder kritisch überprüfen wird. Gewiss, die Revolution setzt sich fort. Aber sie ist nicht blind.“ (S.619) Man könnte das etwas relativieren: Vielleicht ist die kapitalistische Marktlogik schon blind für moralische, soziale, ökologische Aspekte und wird erst durch ihre kulturelle Einbettung sehend.

*Christian Thiel*

## ■ Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat

Berlin: Transcript Verlag, 2012. 526 Seiten.

Markt oder Staat – das ist die heute dominierende Sichtweise, wenn es um die Aufgabenverteilung im Gemeinwesen geht. Der Markt soll durch permanenten Wettbewerb für eine effiziente Produktion von Gütern aller Art sorgen, während der Staat die Aufgabe hat, gute Rahmenbedingungen fürs Wirtschaftswachstum zu schaffen und sich um den nicht kommerzialisierbaren Rest zu kümmern. Weitere Akteure scheint es bestenfalls in zivilgesellschaftlichen Nischen oder als Lückenbüsser zu geben. Konkurrenz und Selbstoptimierung prägen das Menschenbild: Schon Dreijährige werden als künftige Arbeitsplatzbewerber gesehen und entsprechend eingetaktet. Diese Perspektive hat ihren Ursprung im 19. Jahrhundert: Nur die Fittesten kommen durch – davon war der Naturwissenschaftler Charles Darwin ebenso überzeugt wie der Nationalökonom Robert Malthus.

Doch nicht nur in der modernen Biologie setzt sich inzwischen die Perspektive durch, dass kooperative, vielfältig vernetzte Lebensformen robuster und zukunftsfähiger sind als Säbelzahn-tiger. Auch in der gesellschaftlichen Praxis gibt es funktionierende Beispiele auf der ganzen Welt, wie das Buch „Commons – für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat“ aufzeigt.

Der Herausgeberin Silke Helfrich ist mit dem über 500 Seiten dicken Werk ein wahres Meisterstück gelungen: Das Buch bildet nicht nur den Stand der theoretischen Debatte über Gemeingüter ab und beleuchtet ebenso juristische, technische, politische, historische und psychologische Aspekte. Zugleich beschreibt es auch die vielfältige Praxis und deren Bandbreite. Rund 90 AutorInnen aus aller Welt hat Helfrich in dem spannenden Grundsatzwerk versammelt. Alle Aufsätze sind gut lesbar und relativ kurz, nur an ganz wenigen Stellen gibt es Dopplungen – eine nicht zu unterschätzende Redaktionsleistung.

Dass Gemeinschaftsgüter dauerhaft und ohne Raubbau genutzt werden können, hat die US-Ökonomin Elinor Ostrom wissenschaftlich nach-

gewiesen und dafür 2009 als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis gewonnen. Nach Untersuchung von rund tausend Beispielen stellte sie Kriterien auf, unter welchen Voraussetzungen Commons langfristig funktionieren. So ist es beispielsweise notwendig, die Gruppe der legitimen Nutzer klar zu benennen und Sanktionen bei Missbrauch zu vereinbaren.

Ausgangspunkt für eine erfolgreiche kollektive Nutzung sind stets die konkreten Bedürfnisse der Beteiligten – und die können durchaus sehr unterschiedlich sein. Deshalb geht es bei Commons auch nicht um eine formal gleiche Verteilung, sondern um eine von allen als fair empfundene Regelung. Selbstbestimmt und vertrauensvoll müssen die Beteiligten die Entnahmen aus dem Gemeinschaftsgut verabreden und organisieren – egal ob es sich dabei um einen Fischteich, eine Viehweide, ein Mietschaussyndikat, eine geldlose Tauschbank oder um open-source-Software handelt.

Grundsätzlich zu unterscheiden sind „rivale“ Güter wie Wasserzugänge oder Kartoffeln, deren Menge bei Nutzung schrumpft, und „nicht rivale“ Güter wie Wissen oder Informationen, die durch Nutzung sogar wachsen. Zwar versuchen Unternehmen im heutigen Wirtschaftssystem alles unterschiedslos zu verkäuflichen Waren zu machen, indem sie ihre Produkte durch Patente und andere Zugangsbeschränkungen wie die Züchtung von nichtvermehrbarem Saatgut vor freiem Zugriff schützen. Doch die neuen technischen Entwicklungen arbeiten gegen sie: Digitale Dateien sind ohne Aufwand kopierbar und in Millisekunden auf der ganzen Welt zu verbreiten. Und alles, was einmal im Internet veröffentlicht ist, lässt sich nicht mehr einfangen.

Während Commons traditionell fast ausschließlich auf lokaler Ebene vorkamen, hat sich die open-source-Bewegung im Internet heute zum weltweiten Vorantreiber für Gemeinschaftsnutzung entwickelt. Den Anfang machten Softwareentwickler in den frühen 1990er Jahren; inzwischen gibt es längst auch frei zugängliche Baupläne für Möbel, Prothesen, Maschinen oder Architektur. Ein Lizenzsystem stellt sicher, dass jeder, der es vermag, die Konstruktionspläne verändern und weiterentwickeln darf; zugleich ist er

jedoch verpflichtet, das Ergebnis nun seinerseits der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Somit scheint eine Kommerzialisierung auf Dauer ausgeschlossen. Darüber hinaus ist die Qualität beispielsweise des Gemeinschaftslexikons Wikipedia konventionellen Verlagsprodukten hoch überlegen.

Das alles heißt aber nicht, dass die Allmendegüter im Internet nicht auch immer wieder bedroht sind. So musste Wikipedia nach Vandalismussvorfällen den anfänglich freien Zugang für alle Mitschreibwilligen einschränken. Und Google bedient sich freier Software und trickst damit anschließend Nutzer aus.

Auch in ganz bodenständigen Bereichen erleben Commons gegenwärtig einen Aufschwung: In vielen Metropolen entstehen Gemeinschaftsgärten, in der Schweiz organisieren Menschen ihre Gesundheitsversorgung selbst, in Nepal gibt es Aushandlungsprozesse über die Nutzung des Waldes und Ecuador und Bolivien haben die produktive Koexistenz von Menschen, Tieren und Kulturen unter dem Stichwort „Buen vivir“ in ihre Verfassungen geschrieben.

Das Buch benennt Widersprüche, Probleme und Rückschläge und lässt auch warnende Stimmen vor einer Romantisierung des Commons-Gedankens zu Wort kommen. Doch insgesamt ist es ein kraftvolles Plädoyer für eine bessere Welt. Die Aufsatzsammlung macht Mut: Jeder Mensch kann sich selbst ermächtigen. Die vielfältigen Krisen der Gegenwart eröffnen sogar neue Möglichkeiten. In Commons-Projekten erleben die Beteiligten, dass ihre Positionen nicht irrelevant sind, sondern sie zusammen mit anderen etwas bewegen können – jenseits der vermeintlichen Sachzwänge im Zusammenspiel von Markt und Staat.

*Annette Jensen*

■ **Daniel H. Cole und Elinor Ostrom (Hrsg.)**  
**Property in Land and Other Resources**

Cambridge/Massachusetts: Lincoln Institute of Land Policy, 2012.  
494 Seiten.

Seitdem die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom im Jahr 2009 den Co-Nobelpreis für Ökonomie erhielt, befindet sich die Beschäftigung mit Gemeinschaftsgütern (Commons) in der Raumentwicklung scheinbar im Aufwind. Ist dies nur

ein Strohfeuer oder Anlass zu gründlicher und stetiger Beschäftigung mit jener Thematik? Schließlich bleibt es unterm Strich bei der entscheidenden Frage, die nach wie vor (auch nach der Lektüre des vorzustellenden Buches) unbeantwortet bleibt: Wäre Raumplanung zumal in Entwicklungsländern einfacher, wenn es kein privates, exklusives Bodeneigentum gäbe?

Mit dieser Monographie liegt nun neues Material zum Thema Gemeinschaftseigentum an Grundstücken und Rohstoffquellen vor. Das umtriebige Lincoln Institute of Land Policy hat unter der Mitherausgeberschaft der Grande Dame der internationalen Gemeingüterforschung, Elinor Ostrom, ein vielseitiges, anspruchsvolles, indessen textlastiges und Theorie gestütztes Kompendium zu Land- und Ressourceneigentumsthemen herausgebracht. Die diffizile Vielfalt der Property Rights, die nichts an Faszination eingebüßt hat, wird anhand 15 großvolumiger Kapitel mit überwiegend US-amerikanischen Raumbeispielen zu Fischerei, Goldabbau, Atmosphäre und Luftverschmutzung, Wasser, indigenen Gemeinschaften und vor allem zur Bodenordnung und Landentwicklung behandelt. Entscheidungen der obersten Gerichte zu Inhalt und Schranken der Property Rights unterliegen dem Case Law. Damit sind Rechtsentwicklungen, die von dem amerikanischen Supreme Court und anderen US-Gerichten zu Eigentums- und Nutzungsrechten, Belastungen und zur Sozialpflichtigkeit von privat angeeignetem Boden und Ressourcen gemacht werden, nur eingeschränkt auf Europa übertragbar. Offenbar besteht derzeit vorrangig in den Vereinigten Staaten das Bedürfnis, sich über Governance, Institutionen, Reichweite und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von Eigentumsrechten an natürlichen Ressourcen auf wissenschaftlich hohem Niveau auszutauschen. Dies betrifft vor allem folgende Bereiche, die in den Buchbeiträgen intensiv abgehandelt werden: Wasser als flüssiges Eigentum; Eigentum an Verschmutzungsrechten der Atmosphäre; Eigentum an Fischbeständen; Eigentum an mineralischen Rohstoffen.

Nun ist es allerdings bei weitem nicht so, als ob es nicht auch in Europa ausgewiesene Gemeingüterforscher oder Juristen gäbe, die sich mit dem privaten Gemein(schafts)eigentum

sowie öffentlichem Eigentum als ergänzendem und zugleich konfligierendem Element und Instrument der Landentwicklung auseinandergesetzt hätten. Immerhin jedoch gibt das Buch Auskunft zur Frage, wann eine Beschränkung des Eigentums an nicht-vermehrbareren Ressourcen zu Gunsten des Allgemeinwohls zulässig ist. Die Quintessenz der Monographie könnte man unter folgende Schlagwörter subsumieren: „Die Herausforderung der Gemeinschaftsressourcen“ sowie „Institutionenanalyse für eine bessere Commons-Verwaltung neu denken“. Der Terminus Common Property taucht allerdings nur an wenigen Stellen im Buch auf, das Schlagwort Commons, auf dem die Ostrom'sche Wissenschaftskarriere fraglos im Wesentlichen aufbaut, erscheint gar nur auf einer einzigen Buchseite (S. 413).

Man hätte sich gewiss eine stärkere Orientierung der einzelnen Beiträge an der Weiterentwicklung der Idee der Gemeinschaftsgüter in der Planung gewünscht und nicht nur die teilweise langatmige Wiedergabe von Fall- und Rechtsbeispielen aus US-amerikanischer Judikatur. Veranschaulichende Graphiken, Planentwürfe und Skizzen, wie der Commons-Gedanke in die Planungs- und Rechtswissenschaften, Bodenpolitik, in den Städtebau oder in die Architektur zu integrieren wäre, sucht man leider vergebens. Eines wird bei der allzu vereinfachenden Frage nach „Privat oder Gemeineigentum“ deutlich: One size does not fit all. Wesentliche Bedingung für Gemeingüter ist die Ausarbeitung ökologisch und sozial begründeter Raumnutzungs- und Verpachtungspläne und eine Bodenordnung, die sowohl von dem jeweiligen Staat demokratisch erarbeitet werden müssen, als auch von lokalen Landnutzer- und Pächtergruppen selbst verwaltet bzw. konzipiert werden können.

Gemeinschaftseigentum wäre für die Verwaltung der Rohstoffnutzung insbesondere in Entwicklungsländern in den verschiedenen Geosphären der Erde denkbar, in dem die Rohstoffe nach dem Vorbild des UN-Seerechtsübereinkommens mit seinem „Gemeinsamen Erbe der Menschheit“-Prinzip und der Global Commons am Beispiel der Verantwortung für „untergehende Staaten“ am Beispiel der Malediven (instruktiv insofern das Kap. 15) zur zeitlich befristeten Nutzung verge-

ben werden könnten. Im Ergebnis stünde eine Finanzierungsverwendung dieser Pachteinnahmen zur Erfüllung von Staatsaufgaben und könnte damit zu einer Verminderung der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit und damit Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Hilfszahlungen führen. Die Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Nutzung von Allmenderessourcen zu gelangen, lassen sich anschaulich anhand der genannten Themenbereiche Land- und Wassernutzung, Naturschutz und Rohstoffe darstellen (Kap. 1, 2, 5 und 15 des Buches). Die wuchtige Monographie ist abgesehen von den Defiziten nachdrücklich für all diejenigen geeignet, die sich für neue Entwicklungslinien der (US-amerikanischen) Land- und Ressourcennutzung sowie Bodenordnung einschließlich der Frage „The earth – private, public or open access?“ begeistern.

*Fabian Thiel*

### ■ Wilfried Bommert Bodenrausch – Die globale Jagd nach den Äckern der Welt

Frankfurt/M.: Eichborn Verlag, 2012. 384 Seiten.

Seit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise hat das verunsicherte Finanzkapital den Boden als Anlageobjekt entdeckt – nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Wie und was auf den Äckern der Welt angebaut wird – Lebensmittel auf agrarindustrielle statt ökologische Weise oder Pflanzen für die Erzeugung von Treibstoffen („Teller oder Tank“) –, das entscheiden Kapitalmärkte, Rohstoff- und Energiekonzerne. Steigende Lebensmittelpreise sind die Folge, was außerhalb der Industrieländer bereits zu Hungeraufständen und politischer Destabilisierung geführt hat und auch weiterhin führen wird, wenn es nicht gelingt, den Boden vor der Spekulation zu schützen und als ein Gemeingut aller Menschen zu behandeln.

Der Agrexperte und WDR-Journalist Wilfried Bommert, der bereits 2009 mit seinem Buch „Kein Brot für die Welt“ auf vielfältige Gefährdungen der Welternährung aufmerksam gemacht hatte, hat in seinem neuen Buch eine ungeheure Fülle an Informationen über den mit quasi kolonialistischen Methoden betriebenen „Boden-

rausch“ aufbereitet. Eindringlich will er der Öffentlichkeit den Wettlauf um den Boden vor Augen führen, der nicht nur in Afrika, Lateinamerika und Asien zwischen Fondsgesellschaften, Konzernen und Staaten entbrannt ist. Das moderne „Landgrabbing“ findet auch in Ostfriesland und Ostdeutschland statt und findet willige Helfer in der Politik und in Institutionen wie der Weltbank. Auf Drängen der Bush-Administration hat sie eigens für diese Zwecke eine „Millenium Challenge Corporation“ gebildet, die Regierungen in Drittweltländern dabei ‚behilflich‘ ist, Gesetze über das Bodeneigentum investorenfreundlich umzuschreiben und den Ausverkauf dieser Länder zu erleichtern. (S. 169, 177) Schätzungsweise ein Drittel aller fruchtbaren Böden der Welt steht derzeit zum Verkauf.

Nachdem Bommert im ersten Teil seines Buches die „neuen Herren“, die „Opfer der Jagd“ und die „Bodendealer“ ausführlich dargestellt hat, schildert er im zweiten Teil „Peak Soil – Die Grenzen des Wachstums“ ebenso aufrüttelnd, wie der angesichts steigender Weltbevölkerung immer knapper werdende Boden noch zusätzlich knapper wird, weil die noch vorhandenen fruchtbaren Böden agrarindustriell ausgelaugt werden und infolgedessen erodieren. Dadurch werden die verbleibenden fruchtbaren Anbauflächen als Anlageobjekte noch lukrativer. Hinzu kommen der Kampf um das ebenfalls knapper werdende Wasser und um das absehbar zur Neige gehende Öl sowie der Klimawandel als „gefährlicher Brandbeschleuniger“. (236)

Im dritten Teil „Verlorenen Boden wieder gut machen“ erläutert Bommert einige Möglichkeiten, wie sich schon jetzt inmitten falscher Strukturen des Boden(un)rechts und des weltweiten Agrarhandels kleine praktische Schritte mit dem Ziel gehen lassen, „verlorenen Boden wieder gut zu machen“. (262) Dazu gehören für ihn in erster Linie eine Wiederentdeckung und verstärkte Anwendung eines bereits von den Inkas praktizierten Bewässerungssystems „Terra Preta“ und der aus Japan stammenden „Effektiven Mikroorganismen“ (EM). Außerdem plädiert Bommert für einen pfluglosen Ackerbau und für ökologische, die Humusbildung fördernde Anbaumethoden.

Auch in der Verarbeitung und im Vertrieb von Lebensmitteln sieht Bommert Möglichkeiten, die Belastung der Böden zu verringern. Dazu gehört für ihn ein Bemühen um die Reduktion von sog. Nachernteverlusten, d.h. es sollen zum Beispiel auch die schätzungsweise mehr als 30% der Kartoffeln und Äpfel in den Handel gelangen, deren Größe und Äußeres bislang nicht den von Handelsorganisationen willkürlich gesetzten Normen entsprechen. Und wie bereits in dem Kinofilm „Taste the Waste“ zu sehen war, landen auch große Mengen der in den Handel gelangenden Lebensmittel in den Müllcontainern der Supermärkte statt auf den Tellern von KonsumentInnen, denn vielfach wird mit zu kurzen Haltbarkeitsangaben ein „systematischer Verfall“ betrieben. (S. 297) Schließlich appelliert Bommert unter Hinweis auf die weltweite Tendenz zum Übergewicht an die KonsumentInnen, ungesunde und bewegungsarme Ernährungs- und Lebensgewohnheiten zu verändern, sich von Fast Food mit Pommes Frites, Hotdogs, Chips, Cola light usw. zu verabschieden und überhaupt weniger Fleisch zu essen, weil die massenhafte Fleischproduktion nicht nur Böden übernutzt und Tiere quält, sondern auch das Weltklima schädigt.

Solche Maßnahmen auf den Ebenen der Politik und dem Verhalten von KonsumentInnen wären dringend notwendig, aber noch nicht hinreichend, um die fruchtbaren Böden der Erde vor weiterer Ausplünderung zu schützen und sich vom Zeitalter des kapitalistischen Agrobusiness erholen zu lassen. Erfreulich ist deshalb, dass Bommert an mehreren Stellen seines Buches Zweifel an der Sinnhaftigkeit des privaten Eigentums am Boden äußert und auf die Forschungen über Gemeingüter der kürzlich verstorbenen Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom hinweist. „Darf das Land in Zukunft überhaupt noch dem freien Spiel der Märkte überlassen werden?“ (30,319, 325)

Allerdings erfüllt der vierte Teil „Dem Bodenrausch den Boden entziehen“ die so geweckte Hoffnung auf ein Plädoyer für Landreformen nur teilweise. Zunächst verweist Bommert darauf, dass privates Bodeneigentum in der Geschichte des abendländischen Denkens „eher die Ausnahme als die Regel“ war und dass der Boden in afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Kultu-

ren ohnehin durchweg als Gemeinschaftsgut galt. (119-120,324) Aber er erinnert nicht ausdrücklich an frühere, von Henry George, Silvio Gesell oder Franz Oppenheimer initiierte Bodenrechtsreformbewegungen, sondern plädiert – vielleicht aus taktischen Erwägungen, um niemanden mit der Vokabel „Bodenreform“ zu verschrecken – für die Durchsetzung von „Elf Grundsätzen für Investoren und Staaten“, die Olivier De Schutter als UN-Beauftragter für das Recht auf Nahrung formuliert hat. Sie sollen dazu beitragen, „die größten Schärpen des globalen Bodenrausches abzupuffern“, indem bei Landverkäufen Transparenz für alle Beteiligten und Betroffenen hergestellt wird. ... Die lokale Bevölkerung soll von den Erträgen profitieren, die durch das Investment in ihr Land entstehen.“ Bommert ist sich mit De Schutter in der Erwartung einig, dass diese realpolitisch-pragmatischen elf Grundsätze „den Ansturm der Investoren nicht bremsen“, aber dennoch die weitere Entwicklung in die Richtung von Landreformen fördern könnten. (327-331)

Zweifellos wäre eine rechtsstaatliche Überführung des Bodens im Norden wie in dem vom kolonialen Großgrundbesitz gebeutelten Süden in ein privat nutzbares Gemeingut eine Herkulesaufgabe, deren Lösung mächtige Interessen im Wege stehen. Dennoch ist ihre Bewältigung eine elementare Voraussetzung für den ökologischen Umbau der Landwirtschaft in (klein-)bäuerlichen und genossenschaftlich-kooperativen Formen. Ohne Landreformen wird auch das Millenniumsziel unerreichbar bleiben, die Zahl der Hungernden auf der Welt in absehbarer Zeit wenigstens erst einmal zu halbieren.

Allerdings ist diese Herkulesaufgabe in Wirklichkeit noch größer, denn sie erfordert zusätzliche grundlegende Reformen im Bereich des Geldes und der internationalen Währung. Dies lässt Bommert nur an einer einzigen Stelle seines Buches anklängen, wo die Rede davon ist, dass „der Zins bestimmt, was in Zukunft auf den Äckern der Welt angebaut wird.“ (S. 313) Um die Böden der Erde vom Druck der Finanzmärkte zu befreien, braucht es letztlich also auch noch eines Geldwesens und einer internationalen Währungsordnung, die ermöglichen, dass das durchschnittliche Zinsniveau gegen Null absinkt und



die „Gier nach Zins und Gewinn“ (315) damit zum Erliegen kommt.

*Werner Onken*

### ■ Werner Rügemer Rating-Agenturen – Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart

Bielefeld: transcript Verlag, 2012. 196 Seiten.

Der Autor dieses Buches ist durch seine Bücher „Privatisierung in Deutschland“, „Cross Border Leasing“ und „Heuschrecken im öffentlichen Raum“ sehr bekannt geworden. Er ist Philosoph, arbeitet als Publizist, nimmt Lehraufträge an der Universität Köln wahr und wirkt im Vorstand der Organisation „Business Crime Control“ mit. Weitere Bücher von Werner Rügemer sind „Colonia Corrupta“, „Arm und Reich“, „Die Berater“ und „Der Bankier – Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim.“ Das Themenfeld von Rügemer ist die Untersuchung der skandalösen Begleiterscheinungen unserer Geld- und Weltordnung. Erschreckend sind nicht nur seine Forschungsergebnisse. Geradezu lähmend könnte das Ausmaß der Missstände wirken. Warum bleiben die Kritik und Reformvorschläge so folgenlos? – könnte man resigniert fragen. Warum wird in Politik und Wirtschaft einfach so weiter gemacht wie bisher?

Rügemer konzentriert sich in seinem neuen Buch auf das, was er die „Westliche Kapitalmacht“ nennt, und fragt deshalb: „Wem gehören die drei großen Rating-Agenturen?“ (S.9-10, 69, 183) Sie gehören – verschachtelt über mehrere Stufen – durchweg denjenigen, deren „Produkte“ bewertet werden. Von rein sachlicher Analyse kann keine Rede sein: „Die Agenturen sind nicht objektiv, sondern ihre Bewertungen sind von eigenen Profitinteressen geleitet. Sie werden von den bewerteten Unternehmen bezahlt und verdienen zusätzlich durch verschiedene Beratungsdienste an den gleichen Unternehmen.“ (S. 162) So resümiert Rügemer aus einem Bericht der SEC (U.S. Securities and Exchange Commission), der in Folge des Enron-Bankrotts 2003 veröffentlicht wurde.

Diese Kapitalmacht hat mit der neoliberalen „Deregulierung“ in Wirklichkeit ein „privat dominiertes Regulierungssystem geschaffen, das staat-

lich gestützt wird.“ (S.11) „In nationalen Regelungen wird je nach den Noten der Agenturen der Kauf von Staats- und Unternehmensanleihen, Derivaten und ähnlichen als zulässig eingestuft oder verboten, so auch im deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), im Kreditwesengesetz (KWG) und bei den Mindestanforderungen für das Risikomanagement.“ (S.34) „So übernahmen EU und EZB seit 2007 für die Bewertung ihrer Mitgliedsstaaten und für alle Finanzprodukte ... die Agenturen, die bereits die US-Lizenz hatten. Nach Ausbruch der Finanzkrise lockerte die EZB die Kriterien. Seit 2008 nimmt sie ... auch Anleihen und ... Wertpapiere an, die nicht mehr wie vorher ein Mindestrating von A- haben, sondern von BBB-, also der letzten Stufe vor Ramschniveau. Ansonsten hält die EU mit ihren Institutionen ... an der Zusammenarbeit fest.“ (S.35)

Dieses Regulierungssystem ist mit institutionalisierter Haftungs- und Verantwortungslosigkeit verbunden: „Jedes Rating enthält am Ende im Kleingedruckten eine Haftungsfreistellung. ... Auch wenn die Agenturen im Nachhinein ‚Fehler‘ eingestehen, sehen sie keinen Grund für Haftung und Schadenersatz. So erhalten die Agenturen den Status der Immunität. ... Sie erklären sich rechtlich und moralisch als unberührbar. Jedem möglichen Irrtum erteilen sie von vornherein selbst einen Freispruch, als wären sie in eigener Sache auch ihre eigenen Richter. ... Die Agenturen haben ihre rechtlich entscheidenden Sitze in Finanzoasen. ... Das sind zudem dieselben Finanzoasen, in denen auch die Eigentümer der Agenturen ihren juristischen Sitz haben. Und es sind dieselben, in denen auch die meisten privaten Kunden der Agenturen – Unternehmen, Hedgefonds, Investmentbanken und -fonds, traditionelle Banken und ähnliche – juristische Sitze haben. Und natürlich sind hier auch die Zweckgesellschaften und ähnliche Konstrukte beheimatet, über die verbrieft Kredite und andere strukturierte Finanzprodukte gehandelt werden. ... Agenturen, ihre Auftraggeber und Kunden entziehen sich somit professionell, systematisch, nachhaltig und mit finanzaufsichtlicher, staatlicher Förderung den klassischen Regularien der kapitalistischen Staaten.“ Das Prinzip der „Dreh-tür“ – Führungspersonal wechselt direkt zwischen

staatlichen und privaten Finanz-Institutionen und deren Kontrollorganen – funktioniert reibungslos. Auch Betrug ist nicht ausgeschlossen.

Rügener spricht von "kriminogenen Bedingungen". (S.103-111) Genauer ausgeführt hat er die Rolle der Agenturen bei der Enron-Insolvenz 2001, ihr Verhalten vor und nach der Pleite der Investment-Bank Lehman Brothers 2008, in der "Asien-Krise" 1997 sowie der Insolvenz der "vergleichsweise kleinen Bank IKB" 2007. (S.139) "Besonders lukrativ: Krisen" (S.142) wird am Beispiel von Griechenland dargestellt.

Nach dieser niederschmetternden Bestandsaufnahme beendet Rügener das Buch mit einem Appell für eine "große Entschuldung". (S.183 ff) Die Agenturen sollen aus allen staatlichen Regelwerken entfernt werden. Kreditvergabe darf nicht einseitig am Interesse der Kreditgeber ausgerichtet sein. Der Arbeit und dem menschlichen Leben überhaupt müssen Würde und Rechte verschafft werden, die ihnen nach demokratischen Verfassungen zustehen. Jeder Mensch muss für die Folgen seines Tuns gegenüber Dritten als Person haften, wozu auch sein Vermögen gehört.

Die Ursache der Misere sieht Rügener so: "Diese anonymisierte, dem Rechtsstaat und der demokratischen Gestaltung entzogene, zugleich staatlich beschützte, wettbewerbsfeindliche, globale Kapitalmacht ist die logische Folge des kapitalistischen, westlichen Privateigentums." (S.67) Somit differenziert er beim Privateigentum leider nicht genauer und unterstützt damit indirekt Pauschalurteile gegen das Privateigentum. Dagegen ist nicht das Privateigentum an sich die tiefere Ursache der Misere, sondern die vom kapitalistischen Geld bewirkte Akkumulation und Konzentration von Geldvermögen in Verbindung mit privater Verfügungsmacht über nicht ersetzbare Güter (Boden und Naturressourcen) führt zu den zerstörerischen Zuständen. Es ist bedauerlich, dass Rügener diesen ökonomischen Hintergrund nicht sieht, denn seine scharfe Kritik an den "Oberflächenerscheinungen" ist nur allzu nachvollziehbar. Leider fehlt dem Buch auch ein Stichwort- und Namenverzeichnis, was zum Wiederfinden der Erklärungen der unzähligen Abkürzungen und genannter Personen sehr nützlich gewesen wäre. Die aufgelisteten "Institutionen-

Porträts" sind hingegen sehr hilfreich. Die in diesem Buch geleistete Faktensammlung ist notwendig, aber wirkliche Ermunterung zum Handeln ergibt sich daraus – leider – nicht.

*Alwine Schreiber-Martens*

### ■ Margrit Kennedy OCCUPY MONEY - Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind

Bielefeld: J. Kamphausen Verlag, 2011. 112 Seiten.

„Die Art zu denken, die zur Entstehung eines Problems geführt hat, kann niemals zu dessen Lösung beitragen“, sagte schon Einstein. Auch im Hinblick auf die Finanzkrise trifft sein Satz noch immer den Nagel auf den Kopf. Tausende Anhänger der Occupy-Bewegung demonstrieren im Angesicht der betriebsblinden Finanzwelt, dass sich grundlegend etwas ändern muss. Doch wie und wo könnte das passieren?

Eurobonds und Rettungsschirm, Milliardenkredite in verschuldete Staaten – die EZB vergab jüngst 446 Milliarden Euro als Kredite zu 1% an Banken. NormalbürgerInnen diskutierten darauf im Netz, warum nicht Privatpersonen so günstig an Kredite kämen, wo doch die eigene Bonität wesentlich besser sei ... Alle merken, dass es nicht mehr funktioniert, doch die Insider des Systems sind betriebsblind und wollen nicht ans Eingemachte gehen. Und da wir Nicht-Finanzexperten sehr schnell aufgeben, weil wir dem Fach- und Finanzjargon nicht gewachsen sind, wachsen Unmut und Ohnmacht, Demonstrationen, aber auch kleine und feine Ansätze alternativer Strategien.

In ihrem neuen Buch „Occupy Money“ geht Margrit Kennedy auf Ursachen und Lösungen der Finanzkrise ein. Durch Zins und Zinseszins liegt dem System ein pathologischer Wachstumszwang zugrunde. Doch jeder weiß, dass man im materiellen Sinne nur begrenzt wachsen kann. Dann kommt der vorprogrammierte Zusammenbruch. Die Natur kennt so etwas nur bei Krebszellen, deren Wuchern letztlich zum Tod führt. Auch wenn ich keinen Kredit habe, nehme ich automatisch an diesem System teil: Jedes Produkt am Supermarkt, der Mietpreis meiner Wohnung oder der neue Wagen arbeitet an diesem Zins-

system mit. „Tatsache ist, dass 80 Prozent der Menschen durchschnittlich doppelt so viele Zinsen zahlen wie sie selbst erhalten – und zwar über Preise, in denen Zinsanteile enthalten sind“, so die Professorin Kennedy in einem Interview.

Die großen Gewinner sind Finanzspekulanten, deren täglicher (!) Umsatz seit 1974 von 20 Billionen auf über 3 Milliarden US Dollar in 2007 gestiegen ist. Real wären aber weniger als 2 % für Geldgeschäfte von Gütern und Dienstleistungen weltweit vonnöten gewesen.

Die islamische Scharia verbietet Spekulationen und überhöhte Zinsen für Darlehen. Im Judentum kam es alle sieben Jahre, im sog. Jubel- oder Erlassjahr, zum Schuldenerlass und alle 49 Jahre (7x7 Jahre) zur Rückgabe privaten Grundbesitzes an die Gemeinschaft. „Vielleicht entpuppt sich ja der Euro Rettungsschirm in diesem Sinne als unfreiwilliges Erlassjahr?“, so Margrit Kennedy.

Hyperinflation, der Börsencrash 1929, soziale Revolutionen und Weltkriege, 124 Bankkrisen in den letzten 37 Jahren (IWF 2008) haben grundsätzlich nichts geändert. Der erste Schritt besteht in der Bereitschaft, anders denken zu lernen. Der Schlüssel liegt in neuen Geldentwürfen, die den Nutzen und die Vielfalt unterstützen. Monokulturen sind anfällig für globale Krisen, „Mischwälder“ widerstandsfähiger. Warum also nicht den Zins durch eine sog. Standgebühr ersetzen und parallele Währungen vor allem in sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereichen einsetzen?

Tauschringe im Internet für Güter und Dienstleistungen erleben einen großen Boom. Sogenannte Minuto-Zeitgutscheine registrieren 1 Minute qualitativer Arbeit als Recheneinheit für Geschäfte. In Japan arbeitet seit vielen Jahren das Zeitbank-System (Furai-Kippu-System) erfolgreich in der Altersversorgung: Junge Menschen leisten älteren Mitbürgern kleine Pflege- und Hilfeleistungen, bekommen dies auf ihr Zeitkonto gutgeschrieben und können es selber im Alter abrufen. Österreich führt dies System momentan im Vorarlberg ein und in Deutschland diskutiert man einen entsprechenden Vorstoß Lothar Späths („Der Generationen-Pakt“). Die schwedische JAK-Bank arbeitet als gemeinnützige Mitgliedsbank ethisch und transparent mit großem Erfolg. In

Deutschland gewinnt die GLS Bank durchschnittlich 2000 Neukunden pro Monat. Jüngst rief Margrit Kennedy für die Money Network Alliance zur Unterstützung des "Geuro" als nationale Parallelwährung in Griechenland auf, ein Vorschlag Thomas Mayers, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Es kommt also Bewegung in die Finanzwelt und das auf allen Ebenen. „Unser Geldsystem ist nicht gottgegeben. Viele kleine Sparer können Geburtshilfe für ein neues System leisten“, appelliert Kennedy am Ende ihres empfehlenswerten Buches. *Stefanie Breme-Breilmann*

### ■ Heiner Ganßmann

#### **Doing Money – Elementary monetary theory from a sociological standpoint**

London and New York: Routledge, 2011. 184 Seiten.

„Jeder kann Geld als Geld brauchen, ohne zu wissen, was Geld ist.“ *Karl Marx*

Statt uns mit schwierigen Fragen über die rätselhaftige Natur des Geldes zu plagen, denken wir viel darüber nach, wie wir unser Geldeinkommen vermehren und unsere Ausgaben minimieren können, und planen unsere Handlungen dementsprechend. Insofern hat das Geld zweifellos die 'Rechenhaftigkeit' (Max Weber) des modernen Menschen erhöht. Erhöht hat sich auch, allerdings aus einem ganz anderen Grund, die 'Rechenhaftigkeit' der ökonomischen Theorie, die mit ihren ausdifferenzierten mathematischen Modellen so manchen Physiker beeindrucken dürfte. Diese formale Raffinesse hat jedoch ihren Preis: Denn in den Modellen wird tatsächlich von einem Objekt, das im Gegenstandsbereich dieser Wissenschaft eine nicht ganz unbedeutende Rolle spielt, abstrahiert – dem Geld.

Auch die neuere Soziologie hat sich, bis auf wenige Ausnahmen, bei der Klärung der Frage nach dem Wesen des Geldes nicht besonders hervorgetan. Zu einer dieser Ausnahmen zählt Heiner Ganßmann. Neben seiner Monographie „Geld und Arbeit“ (1996) und einer Fülle von Zeitschriftenartikeln ist nun sein neues Buch „Doing Money“ erschienen, in dem er sich um eine Geldtheorie aus soziologischer Perspektive bemüht. Dabei handelt es sich um eine übersichtliche und kompakte Studie, die in Auseinandersetzung

und Kritik von klassischen und zeitgenössischen soziologischen und ökonomischen Geldtheorien vor allem eine handlungstheoretisch fundierte Erklärung des Geldes liefern möchte.

Ganßmann geht davon aus, dass Geld eine Institution ist, und versucht zu zeigen, wie diese soziale Tatsache immer wieder von Akteuren geschaffen und reproduziert wird. Im Rahmen einer klaren Gliederung und mit gut begründeten Argumenten versucht Ganßmann diesen sozialen Prozess nachzuvollziehen und gleichzeitig zu zeigen, warum andere Ansätze immer wieder in Schwierigkeiten bei der Konzeptualisierung des Geldes geraten.

Zunächst hält Ganßmann fest, dass das Geld eine fundamentale Rolle in kapitalistischen Ökonomien spielt: Weil die Koordination der ökonomischen Aktivitäten bei dezentraler Privatproduktion erst ex post über den Markt erfolgt, brauchen die Produzenten Geld, um ihre Güter aufeinander beziehen zu können. Es dient nicht nur als Tauschmittel, sondern wird auch profitorientiert zum Zwecke der Vermehrung eingesetzt. Akteure leihen einander Geldmengen und gehen damit Zahlungsverpflichtungen ein, die nur in Form von Geld wieder beglichen werden können. Kurz: Wir haben es ohne Zweifel mit einer Geldwirtschaft zu tun. Erstaunlicherweise neigen viele soziologische und sogar ökonomische Theorien dazu, diese einfache Tatsache zu übersehen oder zu unterschätzen.

Am auffälligsten erfolgt dies in der neoklassischen Mikroökonomie, deren Ausgangspunkt nicht die soziale Interaktion, sondern das isolierte Individuum mit gegebener Präferenzstruktur in einer materiellen Umwelt ist. Geld kann aus dieser Perspektive gar nicht begriffen werden, da der Geldgebrauch mehr als zwei Akteure voraussetzt. Geld wird in diesen Modellen erst nachträglich als 'Schleier' eingeführt, der sich über den Naturaltausch legt. Aber auch die soziologischen Geldtheorien weisen erhebliche Defizite auf, indem sie Geld als Symbol konzipieren, dann aber nicht erklären, was Geld eigentlich symbolisiert oder Geld als eine spezielle Sprache auffassen und dabei wichtige Unterschiede zwischen Geld und Sprache verwischen.

Nach dieser Kritik an klassischen Ansätzen schlägt Ganßmann im zweiten Teil des Buches stattdessen vor, Geld als Symbol zu verstehen, das nichts bezeichnet, sondern signalisiert, dass hier ein bestimmtes Spiel – das Geldspiel – gespielt wird und der Besitzer des Geldobjekts innerhalb der Regeln des Spiels mit dem Objekt bestimmte Handlungen ausführen kann, die von seinen Mitspielern anerkannt werden. Werttheoretische Ansätze, die den Geldgebrauch als 'Messung' von Wert verstehen, werden als irreführend zurückgewiesen.

Im dritten Teil versucht Ganßmann schließlich eine eigene elementare Geldtheorie zu entwerfen. In der einfachen Tauschsituation zwischen zwei Akteuren besteht das Problem der doppelten Kontingenz: Kein Akteur kennt die Präferenzen des Anderen, aber seine eigene Entscheidung hängt von der des Anderen ab und umgekehrt. Die Akteure müssen also in der Lage sein, die Perspektive des generalisierten Anderen einzunehmen, um die Interessen des Tauschpartners zu antizipieren. Gleichzeitig existiert jedoch auch ein Interessenkonflikt (jeder will eine möglichst vorteilhafte Tauschrelation für sich erzielen), daher versucht jeder Akteur seine eigenen Interessen zu verbergen. Handlungskoordination wird aufgrund der inhärenten Unsicherheit somit unmöglich.

Die Unsicherheit dieser Konstellation verändert sich drastisch, sobald Geld als allgemeines Tauschmittel eingeführt wird: Jeder Akteur weiß, dass jeder Akteur danach strebt, sein Geldeinkommen zu maximieren und kann daher Erwartungen über das Verhalten des Anderen bilden. Als Geldebhaber kann man frei entscheiden, wann, wo, mit wem und für was das Geld eingetauscht wird.

Mit Geld als gemeinsamem Referenzobjekt können die Tauschpartner einen Preis aushandeln, den beide akzeptieren und der zukünftig als Orientierungspunkt für weitere Tauschinteraktionen fungiert. Durch das Geld werden alle Waren kommensurabel. Im Unterschied zum Naturaltausch hat dadurch jeder einzelne Tauschakt einen viel größeren Informationsgehalt, der es dem Produzenten ermöglicht, seine zukünftigen Produktionspläne anzupassen.

Das Geld entpersonalisiert den Tauschakt und vereinfacht ihn. Man muss nur noch dem Geld vertrauen, nicht dem Tauschpartner. Wenn alle Akteure Geld akzeptieren und dies wechselseitig voneinander erwarten, braucht das Geldobjekt selbst keinen intrinsischen Gebrauchswert zu besitzen. Sobald es eingeführt und akzeptiert wird, handelt es sich um ein selbstreferentielles Phänomen.

Dies wird erst vor einem zeitlichen Horizont verständlich, wenn man nicht den isolierten Tauschakt, sondern eine endlose Transaktionskette vor Augen hat, in der jeder Akteur weiß, dass er und alle anderen Akteure auch noch zukünftige Transaktionen mit dem Geldobjekt vollziehen werden.

Ein Teil der Unsicherheitsabsorption durch den Geldgebrauch wird jedoch durch die Entstehung von Kreditbeziehungen, die neue Unsicherheiten schaffen, unterminiert, denn als Gläubiger kann man nie sicher sein, ob der Schuldner in der Lage sein wird, das Geld zurückzuzahlen. Gleichzeitig verlockt der Kredit zur Spekulation, weil im Finanzsektor kurzfristig hohe Renditen realisierbar sind. Dies kann zu 'Blasen' führen, indem sich positive Erwartungen wechselseitig verstärken und das Vertrauen in unsichere Kreditgeschäfte wächst. In der Krise geht dieses Vertrauen wieder verloren und es zählt nur noch das 'harte', verhältnismäßig stabile Zentralbankgeld, das als finales Zahlungsmittel dient.

Ganßmann gelingt es auf nur etwa 160 Seiten, ein kohärentes und plausibles Konzept zu entwerfen, warum und wie Akteure Geld als soziale Tatsache immer wieder neu produzieren. Durch den konsequenten Anspruch einer Mikrofundierung werden Lösungsansätze, die lediglich auf einen kollektiven Akteur wie den Staat rekurrieren, als unbefriedigend zurückgewiesen. Dass dies nicht unbedingt der bequemste Weg ist, zeigt sich darin, dass nicht alle Probleme, wie die des Ursprungs und der ursprünglichen Akzeptanz des Geldes, vollständig gelöst werden können, was jedoch offen eingestanden wird.

Besonders fruchtbar scheint die Vermeidung einer strikten Fächertrennung von Soziologie und Ökonomik zu sein. Man kann vermuten, dass gerade die eine der Ursachen für das mangelnde

Verständnis des Geldes sowohl in der Soziologie, als auch der Ökonomik ist. Ganßmann versteht Geldbeziehungen als Akteur-Objekt-Akteur Beziehungen, die sich eben gerade nicht begreifen lassen, wenn man sich auf Akteur-Akteur oder Akteur-Objekt Beziehungen beschränkt.

Durch seinen abschließenden Bezug auf Kredit und Krisen knüpft er außerdem an aktuelle Phänomene wie die Weltwirtschafts- und Finanzkrise an, die einmal mehr die theoretischen Defizite bisheriger Geldtheorien offenbart hat. Insgesamt gelingt ihm mit diesem Buch eine erklärungskräftige Verknüpfung wirtschaftssoziologischer Klassiker wie Marx, Weber und Polanyi mit aktueller postkeynesianischer Ökonomik.

Bemängeln lässt sich allenfalls, dass die Prämissen und Argumente nicht immer Schritt für Schritt entwickelt, sondern manchmal Hypothesen vorgezogen werden, die erst später ausführlich behandelt werden. Das führt stellenweise zu Verwirrung. Außerdem handelt es sich, wie auch vom Autor betont, lediglich um die Grundlagen einer umfassenderen Geldtheorie, die erst noch ausgearbeitet werden muss. Dadurch bleiben viele Fragen und Aspekte unbehandelt, wie die nach dem systematischen Zusammenhang von Arbeit, Geld und Herrschaft, den Ganßmann in früheren Arbeiten angesprochen hatte. Auch lässt sich mit Marx und Weber argumentieren, dass Geld- und Kapitaltheorie aneinander gekoppelt werden müssen, denn ein angemessenes Kapitalverständnis ist wiederum unabdingbar für das Geldverständnis. In dieser Hinsicht wäre es sehr erfreulich, wenn Ganßmann oder andere AutorInnen an diese Grundlegung einer Geldtheorie anknüpfen und sie systematisch weiterentwickelten. Geld weiterhin als bloßen Störfaktor zu betrachten oder auf seichte symbolische Kommunikationsvermittlung zu reduzieren, kann angesichts der derzeitigen globalen Situation jedenfalls kein viel versprechendes theoretisches Unternehmen sein.

*Karsten Köhler*

## ■ Sahra Wagenknecht Freiheit statt Kapitalismus – Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft

Frankfurt/M.: Campus Verlag, erweiterte Neuauflage 2012.  
406 Seiten.

Vorangestellt: So viel Chuzpe war selten. Ludwig Erhard und Walter Eucken würden im Grabe rotieren, wenn sie erführen, wer sich das als legitime Enkelin ihrer selbst ausgibt: die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei. Sahra Wagenknecht wagt einen Gag, einen Aufhänger, ihre Thesen und ihren Lösungsansatz an die Frau und an den Mann zu bringen, als uneingelöstes Versprechen der Ordoliberalen. Sie übersieht dabei, dass Ordoliberalismus auch und zuvörderst bedeutet, nicht direkt als Staat überall in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen. Demut und Zurückhaltung sind ordoliberal weitgehend angesagt, nicht staatliche Regulierungen und Interventionen. So stimmt Wagenknecht dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zu, Opel hätte man statt Staatsbürgschaften zu gewähren, gleich vom Staat als Eigentümer übernehmen sollen. (S. 314)

Auch andere Vorschläge, die Realitätsferne aufleuchten lassen, sind in den Text eher unauffällig eingeflochten. Im Kapitel "Kreativer Sozialismus – Einfach.Produktiv.Gerecht" wird eine Besteuerung auf Zinsen und Dividenden von 70 % gefordert. (S. 217) Bei der Verstaatlichung bestimmter Großunternehmen träumt die Autorin davon, diese Bereiche für eigentumsunfähig zu erklären, weil sich dann auch keine Pflicht zur Entschädigung ergebe. (S. 360) Eine Vermögenssteuer von 5 oder 10 % auf alle Vermögen, die 1 Mio. Euro übersteigen, wird gefordert – nicht als einmalige Vermögensabgabe, sondern als jährliche Steuer. Sie soll dazu dienen, unveräußerliches Belegschaftskapital an großen und mittleren Unternehmen zu bilden, oder an die öffentliche Hand übergehen. (S. 374) Die private Säule des deutschen Finanzsektors gehöre in die öffentliche Hand: "Die Frage von Entschädigungen stellt sich in diesem Falle nicht, da, wie wir gesehen haben, die privaten Banken die Krise ohne Steuermilliarden ohnehin nicht überstanden hätten." (S. 283)

Wie anders lauten da die Vorschläge von Silvio Gesell und seinen Schülern, die eine volle Entschädigung des Bodens bei Übernahme in Gemeineigentum und anschließender Vermarktung durch Versteigerung der Nutzungsrechte an den Meistbietenden und Rückverteilung der Bodenrente an die Gemeinschaft vorsehen, obgleich auch Gesell davon ausging, dass Unrecht mit der Aneignung des Bodens verbunden war.

Die entscheidende Grundlage für die Entstehung von Eigentum sei die menschliche Arbeit: "Durch Arbeit wird der geschaffene Wert für Locke zum Eigentum des Arbeiters. Diese Eigentumsauffassung hat sich bis heute in den Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches erhalten. So legt § 950 Abs. 1, Satz 1 des BGB fest: 'Wer durch Verarbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache.'" (S. 365) Hier hätte eine Veranlassung bestehen können, dem Marx-Antipoden Proudhon Referenz zu erweisen. Der Hinweis auf die Gesetzesvorschrift geht fehl: Hier wird nicht etwa geregelt, dass der Montagearbeiter bei VW das Eigentum am montierten Volkswagen zugesprochen erhält, sondern dass das Eigentum an der verarbeiteten Sache dem Zulieferer verlustig geht. Im "Palandt" heißt es zu § 950: "Er löst der Konflikt zwischen Rohstoffeigentümer und Hersteller." Vom Arbeiter ist nirgendwo die Rede.

Von diesen eher kritisch beleuchteten Punkten abgesehen, liefert Sahra Wagenknecht eine bemerkenswerte Rückschau der wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus. Weitgehend keynesianisches Denken ist bei ihr auszumachen. Die Usurpation des Staates durch die Wirtschaft wird nachgezeichnet und ist Anlass für eine als ordoliberal eingeforderte Neuorientierung, bei der der Staat und das Gemeinwesen wieder die Oberhand gewinnen sollen. Verdienstvoll sind besonders die Ausführungen zum Rentensystem und zur Fragwürdigkeit kapitalgedeckter Altersvorsorgungen.

Jörg Gude

■ **Annette Jensen**  
**Wir steigern das Bruttosozialglück –**  
**Von Menschen, die anders wirtschaften**  
**und besser leben**

Freiburg/Br.: Herder Verlag, 2011. 240 Seiten.

Wer prägende Ereignisse unserer Zeit beschreiben möchte, verfällt unweigerlich auf den Begriff "Krise". Zu lösen ist eine Finanzkrise, im Hintergrund lauert die Klimakrise, in den armen Ländern drohen Hungerkrisen. Ein Krisengipfel folgt dem nächsten, die wenigen Damen dort bilden Farbtupfer auf den Gruppenfotos. Von Herren in grauen Anzügen erwartet die Journalistin und taz-Autorin Annette Jensen allerdings keine Lösungen. Darum ist sie losgefahren, quer durch die Republik, durch die Schweiz und Österreich, um Geschichten zu suchen: "Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben".

Gefunden hat sie zum Beispiel Andrea Kasper. Sie ist stellvertretende Vorsitzende einer Genossenschaft, die in dem kleinen Ort Schienen am Bodensee einen Laden betreibt. Für ein eigenes Geschäft ist Schienen mit 700 Einwohnern viel zu klein – das lohnt sich erst ab drei- bis fünftausend Seelen. Aber Frau Kasper wollte nicht mehr mit ansehen, wie nach der Post, der Sparkasse und den Gastwirtschaften auch noch der Lebensmittelladen zumachte. Nicht nur, dass im Dorf praktisch nur noch wohnen konnte, wer über einen Führerschein verfügte. Es fehlte auch ein Treffpunkt. Zusammen mit Gleichgesinnten gründete sie die Genossenschaft, überzeugte den Gemeinderat, gewann ehrenamtliche Helfer und Sponsoren. Heute läuft der Laden in Schienen gut. "Wenn man so was anfängt, muss man einfach dran glauben, dass es geht - und dann geht es auch", sagt Kasper in dem Buch. Der Satz ist Programm.

Ausführlich kommen diejenigen zu Wort, die vor Ort Alternativen entwickeln. Pragmatische Ingenieure, die für Kleinstädte eine autarke Energieversorgung organisieren, werden mit eben soviel Empathie vorgestellt wie Hippies, die ihre Brandenburger Kartoffeln an Berliner verschenken. Hauptsache, sie untergraben vermeintlich "alternativlose" Strukturen, die doch nur Konzernen oder Reichen nutzen. Da ist der Direktor der letz-

ten selbstständigen Raiffeisenbank Deutschlands in Baden-Württemberg, dessen "Kässle" keine Finanzkrisen kennt, genauso wie der Aachener Maschinenbauingenieur Wolf von Fabock, der gedankliche Vater des erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das den Boom von Wind- und Sonnenkraft ermöglicht hat. Die Protagonisten in Jensens Buch eint ihre Fantasie, Sturheit und oft die Liebe zu ihrer Wahlheimat.

Die Autorin will zeigen, was geht, will anstiften und ihre LeserInnen ermuntern, selbst aktiv zu werden. Darum finden sich nach den Problemanalysen und Projektbeschreibungen oder Porträts immer wieder Internetadressen von Initiativen zum Recherchieren oder um Erfahrungen austauschen.

Bei allem Optimismus, der hinter diesem Buch steht, ist Annette Jensen keineswegs naiv. "Was ansteht, ist ein Machtkampf", stellt sie fest. Es gehe um nichts weniger als die Frage, "ob die Menschheit Auswege findet aus einer Wirtschaftsweise, die auf weltweit agierende Großstrukturen setzt und in ungeheurem Maßstab zerstörerisch wirkt". Und sie wendet sich mit ihrem Buch an all diejenigen, die sich vor Krisen nicht mehr fürchten, sondern sie anpacken wollen.

*Heike Holdinghausen*

■ **Marit Sademach**  
**Regionalwährungen in Deutschland –**  
**Strategie, Hintergrund und rechtliche**  
**Bewertung**

Baden-Baden: Nomos Verlag, 2011. 364 Seiten.

Es passiert selten, dass ein Zitat von Silvio Gesell einer Dissertation – fast wie eine Widmung – vorangestellt wird: „Mir war die Theorie nicht grau, bares Geld war sie mir“. In dieser an der juristischen Fakultät der Universität Frankfurt/Oder eingereichten Doktorarbeit geht es allerdings nicht um Freigeldtheorie, sondern um eine eingehende rechtliche Beurteilung der Ausgabe und Nutzung des vorwiegend baren Geldes der Komplementärwährungen in Deutschland. Bevor die Verfasserin ihr eigentliches Thema – die rechtliche Einschätzung des Regio-Bargeldes – zur Sprache bringt, beschäftigt sie sich sehr ausführlich und detailliert mit der Vorgeschichte des

Regiogeldes. Sie bezieht sich in diesem Teil allerdings nur auf die historischen Freigeld-Vorläufer wie zum Beispiel die Wära und den Geraer Tauscher, da sie davon ausgeht, dass das heutige Regiogeld vorwiegend auf die Freigeld-Theorie von Gesell und die Erfolge der lokalen Freigeld-Projekte der 1930er Jahre zurückzuführen ist.

Es ist unbestritten, dass das Regiogeld, das heute eine Umlaufsicherung mittels periodischer Wertminderung („Schwundgeld“) sicher stellen möchte (wie z. B. der Chiemgauer), auf das historische Freigeld zurückgeht. Es sei aber zu bedenken, dass nur ca. 55% des heutigen Nebengeldes, das man üblicherweise als Regiogeld bezeichnet (es gibt keine klare Abgrenzung des Regiogeldes), diese periodische Wertminderung à la Gesell innehat. Andere Formen des Regiogeldes, wie z. B. die Wertscheine, die nach Ablauf der Gültigkeit gegen eine geringe Gebühr umgetauscht werden können („Ablaufgeld“), ebenfalls als Freigeld zu bezeichnen, ist sehr fragwürdig. Gesell ist der geistige Vater des Schwundgeldprinzips, nicht aber des Regiogeldes oder sonstiger privat emittierter Parallelgelder. Im Gegenteil, Gesell befürwortete für sein Freigeld ein absolutes staatliches Monopol! Dennoch liefert diese umfangreiche über 50 Seiten hinausgehende historische Abhandlung, die für die Bearbeitung des rechtlichen Themas nicht erforderlich wäre, für den historisch interessierten Leser sehr wertvolle Hinweise über die damaligen Freigeldprojekte, auch wenn – bedingt durch die Recherche von einigen fehlerhaften Sekundärquellen – einige Fehler wiederholt und damit weiter zementiert werden, wie z. B. die Legende des Verbots des amerikanischen Freigeldes und anderer Nebengelder während der Großen Depression.

Eine Reihe von rechtlichen Fragen um das Nebengeld wird analysiert, wie z. B. Fälschungsdelikte und Verwechselbarkeit mit den Euro-Banknoten. Die entscheidende Hürde für die Ausgabe des Regio-Bargeldes ist aber das im Bundesbankgesetz (§ 35) formulierte Verbot der unbefugten Herausgabe von Geldzeichen, die geeignet sind, im Zahlungsverkehr an Stelle des gesetzlichen Zahlungsmittels verwendet zu werden. Die juristische Relevanz dieses Paragraphen für das Regiogeld (oder ähnliche Nebengelder in

Form von Bargeld) ist Schwerpunkt des zweiten Teils dieser Dissertation. Da bezüglich des besagten Paragraphen bislang keine Rechtsprechung vorliegt, ist Sademach auf die normative Auslegung angewiesen. Es ist nicht verwunderlich, dass sie nach eingehender Prüfung zur eindeutigen Schlussfolgerung kommt, dass die Ausgabe des Regiogeldes gemäß § 35 BBankG rechtswidrig ist. Bei der Tatbestandsvoraussetzung der Eignung der Geldzeichen „im Zahlungsverkehr an Stelle der gesetzlich zugelassenen Münzen und Banknoten verwendet zu werden“, die von Sademach aufgrund der Gesetzeskommentare nur kurz als grundsätzliche Eignung interpretiert wird, stellt sich die Frage, ob die normative Auslegung nicht auch eine Eignung im Sinne der volkswirtschaftlichen Relevanz zulassen würde. Auch hier fehlen die Urteile der Jurisdiktion zu § 35. Für die Herausgeber, Akzeptanzstellen und Nutzer kann allerdings nicht von einem schuldhaften und damit strafbaren Verhalten ausgegangen werden, da Sademach davon ausgeht, dass ein sog. direkter Verbotsirrtum (Unkenntnis des Verbots) bei den Beteiligten vorliegt. Ob das so stimmt, sei dahingestellt, denn seit Anfang der Regiogeldbewegung wurde dieses Thema intern, aber auch auf öffentlichen Tagungen immer wieder erörtert. Auf jeden Fall ist diese Schlussfolgerung für die heutigen Initiativen schon mal eine gute Nachricht. Dieser Verbotsirrtum wird gefördert durch die stillschweigende Duldung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Für die Nutzer des Regiogeldes entsteht dadurch den Eindruck, dass ihr Handeln legal wäre.

Hier setzt Sademach zum Angriff an. Der Staat sei zum Rechtsgüterschutz verpflichtet, hier einzugreifen und seine strafrechtliche Verantwortung wahrzunehmen. Die Duldung der strafbaren Regiogeld-Herausgabe durch den Staat „ist befremdlich und begründungsbedürftig“ (S. 291) und würde auch nicht zu einer Verwirkung der Strafbarkeit führen. Nun, welches wichtige Rechts- und Gemeinschaftsgut soll hier geschützt werden? § 35 BBankG sichert und schützt das staatliche Bargeldmonopol. Ohne striktes Staatsmonopol des Bargeldes könnte zusätzliches Nebengeld zu einer Inflation führen und damit die Währung gefährden. Auch ein geringfügiges Ne-



bargeld-Volumen (wie das des Regiogeldes in derzeit noch homöopathischer Dosis) würde dieses Monopol – so Sademach – grundsätzlich beeinträchtigen und sei demnach rechtsstaatlich nicht hinnehmbar. Auch eine pragmatische Kompromisslösung durch die Einführung von Höchstgrenzen für die jeweils umlaufende Regiogeldmenge pro Initiative verwirft Sademach, weil damit die Gesamtmenge nicht steuerbar wäre. Dagegen ist einzuwenden, dass zwar das Monopol beeinträchtigt wäre, aber die Zentralbank ohne Weiteres – durch Antizipation der statistisch erfassbaren Regio-Geldmenge – die Bargeldmenge weiterhin genau steuern könnte. Das Ziel des Monopols wäre damit nicht beeinträchtigt.

Ein weiteres Argument wäre die Dichotomie der Geldordnung bedingt durch das Fehlen des staatlichen Monopols beim Giralgeld und beim E-Geld. Das immaterielle Geld, das nur indirekt von der Zentralbank beeinflusst wird, macht ein ‚fine-tuning‘ der Steuerung der gesamten Geldmenge sowieso obsolet. Warum also beim Bargeld an einem 100%-Monopol festhalten? Außerdem drohen draußen bereits die Dicken Berthas und die Bazookas, mit denen der Bargeldmonopolist in der drohenden Götterdämmerung des Euros gigantische Mengen an Giralgeld-Euros in die Luft schießt. Hier kommt es offensichtlich auf eine Milliarde Euro mehr oder weniger nicht mehr an. Juristisch gesehen mag es zwar gemäß § 35 B-BankG für das Eingreifen der Staatsanwaltschaft gegen die Regiogeld-Herausgeber zwingend notwendige Gründe geben (Sademach liefert hier das gesamte Argumentationsspektrum), nach gesundem Menschenverstand fehlt hier der Sinn. Wenn der gesunde Menschenverstand erkannt hat, dass § 35 B-BankG volkswirtschaftlich nicht länger zeitgemäß ist und historisch gesehen nicht mal Grundlage für eine Rechtsprechung war, wäre eine Lockerung des Bargeldmonopols durch eine Gesetzesänderung zu befürworten. Außerdem verliert das Bargeldmonopol, bedingt durch die Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, an Bedeutung. Demnach ist vermutlich die nächste evolutionäre Stufe Regiogeld in Form von Giral- und E-Geld, in der der Spielraum nicht länger durch ein Staatsmonopol eingeengt wird.

Obwohl einige Regiogeld-Initiativen sich bereits auf diesem Feld zaghaft tummeln, greift Sademach die rechtlichen Probleme des bargeldlosen Regiogeldes leider nur am Rande auf. Auch wenn es nicht Schwerpunkt ihrer Arbeit ist, wäre es zu wünschen gewesen, wenn sie hier die zum Zeitpunkt des Abschlusses ihrer Dissertation (August 2011) relevante neuere E-Geld-Gesetzgebung berücksichtigt hätte (z. B. die Umsetzung der 2. europäischen E-Geld-Richtlinie im ZAG-Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz vom 1. März 2011).

Obwohl die Bedeutung des § 35 B-BankG für die heutigen Regionalwährungen in der juristischen Literatur bereits früher aufgegriffen wurde (z.B. von Prof. Christoph Herrmann und Klaus Hardraht) ist diese Dissertation die erste Veröffentlichung, die dieses Thema eingehend und ausführlich wissenschaftlich aufgreift. Trotz wohlwollender Betrachtung des Regiogeldes kommt die Juristin auf Basis der existierenden Gesetze zwingend zur Schlussfolgerung der Rechtswidrigkeit des Regio-Bargeldes. Ist es zu wünschen, dass dieses Buch auch in die Hände eines eifrigen und pflichtbewussten Staatsanwaltes gelangt? Meines Erachtens lautet die Antwort: Ja! Denn in diesem Fall sollte die jeweilige Regiogeld-Initiative sich nicht einschüchtern lassen, sondern es auf ein Gerichtsurteil ankommen lassen.

*Hugo Godschalk*

### ■ Niko Paech Befreiung vom Überfluss – Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie

München: oekom Verlag, 2012. 155 Seiten.

Ein kleines Format und knappe 150 Seiten – schon die äußere Form versprüht den Spirit einer Ökonomie im Einklang mit knappen Ressourcen der äußeren und inneren Natur: Dieses Buch verbraucht wenig Rohstoffe, verschont aber auch die begrenzten kognitiven und zeitlichen Ressourcen des Lesenden von unnötigen Wiederholungen und ausufernden akademischen Selbstbefriedigungsübungen. Viel kürzer wäre es allerdings nicht gegangen. Niko Paech präsentiert eine verdichtete und übersichtliche, in sich geschlossene Kompaktausgabe seines Ansatzes einer Postwachstumsökonomie, von A wie Ablehnung der (grünen)

Hoffnung auf Entkopplung bis Z wie Zurückbau (der Industrie).

Zunächst rechnet er mit der Hoffnung ab, das BIP-Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln zu können. Die Steigerung der Einzeleffizienz einer Produktnutzung oder eines Produktionsverfahrens bringt noch keinen Rückgang der Umweltbelastung. Paech führt dafür eine ganze Phalanx materieller, finanzieller und psychologischer „Rebound“-Effekte an. Vor allem die additive Wirkung von umwelttechnischen Innovationen verhindert einen Rückgang der Umweltbelastung: Das Passivhaus auf der grünen Wiese bedeutet zusätzlichen Material- und Flächenverbrauch, das kleine E-Mobil kommt als Drittwagen etc. Selbst bei Substitutionen verlagern neue Technologien oft nur die Probleme: Mit dem E-Auto verschiebt sich der Engpass von Öl auf Lithium, mit der Brennstoff sparenden Regellelektronik steigt der Verbrauch seltener Erden etc. Aber auch mit der Hoffnung auf eine ressourcenleichte Dienstleistungsökonomie räumt Paech auf: Wird etwa in Bildung und Kultur statt in Straßen investiert, dann werden die neu eingestellten Lehrer und Musiker ihren Verdienst in Flugreisen und Einfamilienhäuser stecken. Mit einem alternativen Konsum oder „qualitativen Wachstum“ wird es also keinen Weg zur Nachhaltigkeit geben – es führt kein Weg am Weniger, an der Schrumpfung vorbei.

Paech entwickelt seine Skizze einer Postwachstumsökonomie konsequent aus seiner Ursachenanalyse. Er unterscheidet „strukturelle Wachstumszwänge“ und „kulturelle Wachstumstreiber“. Dreh- und Angelpunkt sind die sich in der Moderne herausbildenden „Fremdversorgungssysteme“. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen ermöglichen sie immer mehr Menschen einen materialverzehrenden Konsum ohne eigene, „substanzialle Leistungen“, die Paech jenseits der sich ausweitenden immateriellen Arbeit ansiedelt. Das „Wesensprinzip des Konsumierens“ bestehe darin, sich die von anderen Menschen an anderen Orten geleistete Arbeit und insbesondere den materiellen Ertrag andernorts verbrauchter Ressourcen und Flächen zunutze zu machen“ (37). Durch die konsumtive Aneignung des aus räumlicher Arbeitsteilung entstehenden

Industrieoutputs sei Ausbeutung keineswegs ein Privileg von Kapitalisten.

Zum anderen wächst mit steigender Arbeitsteilung die Notwendigkeit der Vorfinanzierung immer mehr spezialisierter Produktionsstufen. Da die Abnahme von deren Produkten auf einem prinzipiell unsicheren, anonymen Markt nicht gesichert ist, werden dafür Rendite oder Zinsen (bei Fremdkapital) erwartet. Diese Gewinne können aber – so Paech in Anlehnung an Binswanger – nur bei stetig wachsender Produktion realisiert werden, denn wie sonst solle eine positive Differenz von Ausgaben (=Löhne) und Einnahmen erreicht werden? Erst bei Erhöhung der Produktion erhalten die Nachfrager die Kaufkraft, die Produkte des vorangegangenen Zyklus auch zu kaufen. Durch höhere Zinsen wird das ganze noch verschärft, d.h. mit räumlicher Distanz und Anonymität der einzelnen Produzenten, also höherem Risiko, steigt auch der Wachstumszwang. Das alles kann allerdings nur passieren durch die Möglichkeit der unbegrenzten privaten Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken. Paechs conclusio aus dieser Analyse ist konsequent: „Strukturelle Wachstumszwänge zu mildern würde bedeuten, mit weniger Kapital zu produzieren“ (109).

Auf der anderen Seite drücken „kulturelle Wachstumstreiber“. Der abnehmende Grenznutzen der Konsumgüter induziere die „permanente Neuerfindung der Konsumgesellschaft“, ein Sisyphus-Prozess ohne Glückszuwachs. Insbesondere die „Rüstungsspirale“ demonstrativen Status-Konsums verhindere eine weitere Glücks-Steigerung. Anders als Fred Hirsch, der aus dieser Erkenntnis die „sozialen Grenzen des Wachstums“ (1976) ableitete, konstatiert Paech eine never ending story: „Wachstum erzeugt Differenzen, deren Beseitigung – ganz gleich, auf welchem Niveau – neues Wachstum notwendig macht“ (112). Weil die Gesellschaft das Verteilungsproblem nicht in den Griff bekomme, werden „soziale Belange in einen Wachstumsimperativ transformiert.“ Klingt hier auch eine gesellschaftsstrukturelle Ursache an, ist der von Paech propagierte Ausweg doch ein individueller: Die kulturellen Wachstumstreiber ließen sich nur mildern durch „suffiziente Anspruchsausformungen“ (114). Diese unumgängli-

che Reduktion biete aber „gleichzeitig die Chance, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehends Schwindelanfälle „zu erleiden“(11).

Der Paech'sche Gegenentwurf einer Postwachstumsökonomie ergibt sich aus dieser Analyse zwingend: Eine Ökonomie der Nähe mit einer verstärkten, auch über Komplementärwährungen unterstützten Regionalökonomie, nur noch ergänzt durch globale Arbeitsteilung – wo es produktionstechnisch nötig ist. Insgesamt soll der „monetäre Bereich“ auf die Hälfte zusammenschrumpfen. Dies ermöglicht zeitliche und finanzielle Freiräume für die Herausbildung eines mindestens gleich großen „entkommerzialisierten Bereichs“ der Subsistenz – in Form von Eigenproduktion und -reparatur, Gemeinschafts- und Ehrenarbeit – und der Suffizienz, in Form von Zeitsouveränität, Entrümpelung und Entschleunigung. Das alles dient nicht allein der „Befreiung vom Überfluss“. Auch der kulturelle Wachstumsmotor Status-Konsum wird so heruntergeregelt: Ein „hoher Anteil des Wohlstandes, der nicht mehr auf Geld, sondern auf eigenhändiger Schaffenskraft beruht, nivelliert materielle Ausstattungsunterschiede“(148).

Paech legt mit unbändigem Sprachwitz (es ist wirklich ein Vergnügen, dieses Buch zu lesen, man muss zwischendurch immer wieder über die Formulierungen und Aufzählungen schmunzeln) seine ökonomisch und kulturkritisch vielfältig begründete Antithese zur Hoffnung des Mainstreams auf „qualitatives Wachstum“ dar. Die große Eindeutigkeit, die Rigorosität seiner Argumentationsgänge öffnen dabei aber auch das Einfallstor für einige Ungenauigkeiten.

Ein Beispiel ist die Behauptung der Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Wachstum und relativer Entkopplung, also der Verringerung des ökologischen Schadens pro Einheit des BIP. Paech konstatiert zunächst, dass Entkopplung auf „zusätzlichen“ Effizienzmaßnahmen ruhe, deren neu in die Welt gesetzte Umweltbelastungen aber (durch zusätzliche Produktionsstätten etc.) den Effizienzgewinn gegenüber alten Produktionsverfahren wieder zunichte machen (75). Passivhäuser etwa verbrauchen weniger Brenn-

stoffe, aber für die neuen Materialien dieses Gebäudetyps müsse „zusätzlich zum konventionellen Bereich“ eine neue spezialisierte Branche aufgebaut werden. Dies verhindert zwar absolute Entkopplung – hierauf muss die euphorische Green-Economy-Gemeinde dringend hingewiesen werden. Relative Entkopplung aber kann durchaus entstehen, sofern die neue Produktionslinie unterdurchschnittliche Umweltauswirkungen pro Einheit des BIP aufweist.

Auch die zwingende Entstehung finanzieller Rebounds legt Paech nicht wirklich überzeugend dar: Er verweist zunächst auf den finanziellen Einspareffekt von Effizienzsteigerungen, der zur erhöhten Nachfrage nach umweltschädlichen Produkten führe. Abhilfe könne höchstens eine Ökosteuer bringen, wenn sie denn über das „hömoopathische Niveau“ in Deutschland hinaus angehoben würde. Dies jedoch sei „schwer vorstellbar“. Sicherlich ist die Durchsetzung einer ambitionierten Ökosteuer eine politische Herkulesaufgabe, ein theoretisches Argument gegen relative Entkopplung stellt dies jedoch nicht dar. Zusammenfassend gießt Paech aber völlig berechtigt Wasser in den Wein der Innovationsoptimisten: Ökologische Entlastungseffekte kraft theoretisch denkbarer Innovationen seien an „so viele technische, ökonomische, administrative und kulturelle Unwägbarkeiten geknüpft sind, dass deren zukünftiges Eintreten unbeweisbar ist“ (92).

Niko Paech sieht die Ursachen des Wachstums primär in den Folgen monetär vermittelter Arbeitsteilung und der sich damit verzahnenden individuellen Konsum-Orientierung. Aus dem Blick geraten dabei gesellschaftsstrukturelle Gründe für die Aufblähung ökonomischer Aktivitäten. Welche Rolle spielt zum Beispiel ökonomische Ungleichheit als Treiber für erwerbsorientierte ökonomische Aktivitäten um jeden Preis, mit zweifelhafter sozialer und ökologischer Bilanz? Welche Rolle spielen entfremdete Herrschafts-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse als Treiber für konsumtive Aufholjagden und kompensatorischen Konsum? Etwas überspitzt gesagt, könnte man beim Lesen den Eindruck bekommen: „There is no such thing as society“. Eine entsprechend geringe Rolle spielen politische Rahmenbedingungen für

eine Postwachstumsökonomie. Ohne eine die ressourcenleichten Lebensstile ökonomisch stützende Ökosteuer, ohne eine Verringerung der Reichtumsunterschiede, ohne die Garantie sozialer Sicherheit aber wird die Bereitschaft zum großen kulturellen Wandel hin zum Weniger auf kleine Gruppen beschränkt bleiben. Aber für genau diese (und weitere) Debatten über Bedingungen und Ausgestaltung einer Postwachstumsökonomie stellt das Buch von Niko Paech einen fulminanten Aufschlag dar, einen Meilenstein im Postwachstumdiskurs. *Ulrich Schacht Schneider*

### ■ Thilo Sarrazin

#### **Europa braucht den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat**

München: Deutsche Verlagsanstalt, 2012. 461 Seiten.

Vor zwei Jahren heizte Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ die Integrationsdebatte mit fragwürdigen Thesen auf. Dabei unterließ er es, zwei wichtige Sachverhalte mit zu bedenken: Erstens haben sich Europäer während der 500 Jahre dauernden Kolonialzeit bei ihrer ‚Zuwanderung‘ in andere Kontinente keineswegs so in die dortigen Gesellschaften integriert, wie sie es heute von Menschen erwarten, die nach Deutschland bzw. in die „Festung Europa“ einwandern. Das soll nicht ungelöste Probleme bei der Integration relativieren, aber Mahnung sein, hierbei nicht von oben herab mit zweierlei Maß zu messen. Zweitens haben wirtschaftliche Not und religiöse oder politische Verfolgung in der Geschichte immer wieder größere Migrationen ausgelöst. Während des Wirtschaftswunders der 1960er Jahre war es das Interesse des Kapitals an billigen Arbeitskräften, das Menschen aus der südlichen Peripherie Europas nach Deutschland lockte. Wirtschaftliche Notlagen, Verfolgung und Kapitalinteressen lösten und lösen Wanderungsbewegungen aus, deren menschliche und finanzielle Langzeitfolgen den Gesellschaften überlassen werden.

Diese Wurzeln der Integrationsproblematik hatten Sarrazin und seine Sympathisanten bei ihrer Stimmungsmache gegen Zuwanderer ausgeblendet. Stattdessen ‚argumentierten‘ sie mit angeblich genetisch bedingten Wesensunterschieden

zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen. Auch in seinem neuen Buch kehren diese abstrusen Denkmuster wieder. „Anthropologische Konstanten“ seien der Grund für nicht auf einen Nenner zu bringende Unterschiede zwischen europäischen Nord- und Südländern. Im Süden sei die „intrinsische Neigung zum soliden Wirtschaften geringer ausgeprägt als in den Gesellschaften der Nordländer. ... Im Durchschnitt kann man sagen, dass finanzielle Solidität in Europa traditionell umso ausgeprägter war und ist, je sonnenärmer das Klima ist und je länger und dunkler die Winter.“ (287, 293-294, 322) Nach dieser Logik hätten in der Antike die alten Germanen und nicht die alten Griechen und Römer Hochkulturen hervorbringen müssen. Und das ökonomische Gefälle innerhalb des modernen Europa könnte eher damit zu tun haben, dass die ursprüngliche Akkumulation und die fortgesetzte Konzentration von Geld- und Realkapital im angelsächsischen Nordwesten Europas begannen und sich dann schrittweise über Frankreich und Deutschland auch auf den Südwesten, Süden und Südosten Europas ausbreiteten – wo sich Spätféudalismus und Diktaturen am längsten gehalten haben –, bevor sie sich in kolonialisierten Überseegebieten fortsetzten.

Solche historischen Zusammenhänge kommen jedoch in Sarrazins neuem Buch nicht vor, obwohl er versucht, seine Kritik am Euro mit Rückblicken auf die Geschichte Europas und die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu untermauern. Ohne Kenntnis des 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods leider nicht angenommenen Plans von Keynes, alle Länder der Erde in ökonomischer Hinsicht auf eine gleiche Augenhöhe zu bringen und die Weltwirtschaft mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes „Bancor“ in einem Gleichgewicht zu stabilisieren, nimmt Sarrazin das stattdessen in Bretton Woods beschlossene System mit dem US-Dollar als Leitwährung, mit IWF, Weltbank und GATT als unhinterfragten Ausgangspunkt der weltwirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung hin. Die westdeutsche Währungsreform von 1948, das Wirtschaftswunder und das Scheitern der (Keynes zugeschriebenen) anti-zyklischen Fiskalpolitik wurden zu Eckpfeilern seiner realpolitisch-ökonomischen Vorstellungswelt.

Darin ist kein Platz für einen kritischen Blick auf den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes, das in seiner kapitalistischen Gestalt zugleich als Tauschmittel gemeinschaftsbildend und als Mittel zur Ausübung struktureller Macht auch gemeinschaftszerstörend wirkt. Und es ist darin auch kein Platz für eine Kritik an dem Umstand, dass der sog. freie Markt – auch der gemeinsame europäische Markt – sich aufgrund der strukturellen Macht und Konzentrationskraft des Geldes in der Realität zu einem mono- und oligopolistischen Verdrängungswettbewerb statt zu einem gerechten Leistungswettbewerb entwickelt hat. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus und Staatssozialismus fühlt sich Sarrazin in seinem Glauben an die ewige Gültigkeit „ökonomischer Gesetze“ bestätigt: „Im Kern sind sie alle im Gewinnstreben bzw. im Eigennutz des Individuums bzw. jeder zu selbstständigem Handeln befähigten menschlichen Organisationseinheit begründet.“ (33) Dass das in sich widersprüchliche Geld eine Balance von fairem Wettbewerb und Kooperation verhindert und dem eigennütigen Gewinnstreben ein Übergewicht verschafft, sieht Sarrazin nicht. Zinsen rechtfertigt er wie üblich als Lohn für Konsumverzicht und hält einen „grundsätzlich positiven Realzins“ für unerlässlich. (272-273) Die real existierende kapitalistisch verfälschte Marktwirtschaft betrachtet er trotz ihrer Krisenanfälligkeit als die beste aller Welten: „Wirtschafts- und Finanzkrisen sind unaufhebbarer Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung.“ (281) Obendrein fehlt ihm auch jegliche Einsicht für die Verantwortung Europas und Nordamerikas für den Nord-Süd-Gegensatz, in den die Welt in den Jahrhunderten des Kolonialismus und Neokolonialismus geraten ist.

Dennoch ist nicht alles falsch, was Sarrazin in seinem Buch schreibt: „Wie kann es sein“, fragt er mit Recht, „dass der ganze europäische Wiederaufbau seit 1945, der gewaltigste Wohlstandszuwachs der Menschheitsgeschichte und eine der längsten Friedensperioden, die es je in Europa gab, 60 Jahre lang weder eine gemeinsame Währung zur Voraussetzung hatten noch die Notwendigkeit mit sich brachten, für die Staatsschulden anderer Länder aufzukommen? Plötzlich aber sollen Wohlstand und Friede in Europa nur möglich

sein, wenn es nicht nur eine gemeinsame Währung gibt, sondern auch eine gemeinsame Staatskasse, bei der am Ende jedes Land für die Rechnungen aller anderen bürgt?“ (S. 20-21) Die Einführung des Euros vor einer politischen Vereinigung Europas mag tatsächlich überhastet geschehen sein. Aber auch eine politische Union wäre keine Erfolgsgarantie für eine gemeinsame Währung, solange diese Währung nicht nach gerechten Grundsätzen gestaltet wird – man denke nur an die deutsch-deutsche Währungsunion mit dem verfehlten Umtauschkurs von 1 DM : 1 DDR-Mark. Solange das Geld die Gesellschaften spaltet und nicht zu einem ihnen nur noch dienenden Tauschmittel umgestaltet wird, kann keine Gemeinschaftswährung – weder eine innerdeutsche noch eine europäische – richtig funktionieren.

In Sarrazins Buch liegen einzelne bedenkenswerte und zahlreiche problematische Überlegungen nah beieinander. Trotz mancher indiskutabler Passagen sollte es aus zweierlei Gründen mit einem differenzierten Blick wahrgenommen werden: Zum einen gewährt es in seinen autobiografischen Teilen (31-60, 189-191) Einblicke in jene Institutionen in Politik und Wirtschaft, in denen Sarrazin selbst jahrelang als Ökonom tätig war: im Bundesfinanzministerium, als Berliner Finanzsenator, beim IWF und im Direktorium der Deutschen Bundesbank. Zum anderen spiegeln sich in seinen Ansichten auch die allgemeine Bewusstseinslage der Fachwelt, ihr Gefangensein in vorherrschenden Denkweisen, ihr Getriebensein im Dschungel von Sachzwängen, ihr auswegloser Kampf zwischen der Skylla ausufernder Rettungspakete und der Charybdis einer brutalen Sparpolitik. Und ihre beharrliche Weigerung, das Tabu der strukturellen Macht des Geldes in Frage zu stellen, macht es den Fachleuten unmöglich, das ausufernde Wachstum der Anlagen suchenden Geldvermögen als treibende Kraft der Schuldeneskalation zu erkennen. Das führt dann im Extrem auch zu pseudowissenschaftlichen Erklärungen der Eurokrise mit Unterschieden zwischen den „Mentalitäten“ der Menschen in Nord- und Südeuropa (293), die genauso haltlos sind wie frühere Theorien, die das zyklische Auf und Ab der Konjunkturen auf wechselnde Sonnenfleckenaktivitäten zurückführten.

Nicht bestreiten lässt sich indessen, dass es vor der Einführung des Euro in wissenschaftlichen und politischen Fachkreisen eine sehr kontroverse Diskussion über seine Chancen und Risiken gab. Auch innerhalb der Geldreformbewegung gab es dazu unterschiedliche Einstellungen – keine Ressentiments gegen die europäische Idee, wohl aber Zweifel an der ökonomischen Funktionsfähigkeit des Euro. Die häufigen Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien, die Eskalation der Schulden, immer größer werdende Rettungsschirme, zunehmend harte Sparmaßnahmen und die zunehmende Demokratieförderung der europäischen Politik können von den einstigen Euro-Gegnern heute als Bestätigung ihrer Warnungen angesehen werden. Unter Berufung auf streitbare Statistiken (91-170) bilanziert Sarrazin nach 10 Jahren Euro: „Es gibt (noch) keinen fassbaren Gegenwert, weder eine Friedens- noch eine Wohlstandsdividende. Fassbar sind bislang nur Kosten und Risiken. ... Die gemeinsame Währung hat die wirtschaftliche Integration in der Währungsunion behindert, statt sie zu fördern.“ (237, 244, 247)

Den Zusammenhang zwischen der globalen Krise des Finanzmarktkapitalismus und der Eurokrise streift Sarrazin nur vordergründig. An einigen Stellen spricht er zwar vom „entfesselten Finanzkapitalismus“, vom „Giftcocktail“ der neoliberalen Deregulierung und von „wildem Geschäftsmodellen“ (173, 258, 269). Für ihn war die Weltfinanzkrise allerdings nur „Auslöser und Vorläufer – nicht aber Ursache – der Eurokrise.“ (249) Nach den Zeiten des „Übermaßes an Marktvertrauen“ glaubt Sarrazin nun angesichts notwendiger Regulierungen vor einem „Übermaß an Staatsvertrauen“ warnen zu müssen. Als einzige Gegenmaßnahme stellt er sich höhere Eigenkapitalquoten bei Banken von 20 oder 30 Prozent vor. (265, 269) Darüber hinaus gehende Maßnahmen wie zum Beispiel die Einführung eines Vollgeldes und einer Tobinsteuer oder von Insolvenzordnungen für überschuldete Staaten kommen in seinem Buch nicht vor. Und überhaupt: Die Frage, ob bei der forcierten Einführung des Euro der politische Traum von einem vereinten Europa vielleicht auch vom Interesse explosionsartig wachsender Geldvermögen an einer räumlichen Ausdehnung des ‚freien Kapitalverkehrs‘

instrumentalisiert worden sein könnte, stellt sich für ihn nicht. Geradezu absurd ist Sarrazins Behauptung, die übereilte Abschaffung der DM zugunsten des Euro sei eine späte Buße Deutschlands für die während der NS-Tyrannie begangenen Verbrechen. (203)

„Was tun?“ könnte man in der aktuellen schier ausweglosen Lage Europas erneut mit Zeus fragen. Der Buchtitel „Europa braucht den Euro nicht“ weckt den Eindruck, dass Sarrazin zur DM und zu den anderen Landeswährungen zurückkehren möchte. Das ist aber überraschenderweise gar nicht sein Ziel. Es wäre – was Sarrazin allerdings nicht sieht – auch nur ein Schritt zurück in die ungerechten Strukturen des rheinischen Kapitalismus, der von vielen immer noch nostalgisch als Soziale Marktwirtschaft verklärt wird. Eine Rückkehr zur DM könnte vielleicht einem von Sarrazin überbetonten „deutschen Interesse“ (15) entgegen kommen, als ein auch selbst hoch verschuldetes Land nicht mehr für die noch höheren Schulden anderer Länder mithaften zu müssen. Nur – trägt Deutschland mit seinen chronischen Exportüberschüssen nicht auch selbst zur Verschuldung anderer Länder bei? Das explosionsartige Wachstum von Vermögen und Schulden würde sich jedenfalls auch bei einer Rückkehr zu einzelnen Landeswährungen fortsetzen. Die Vermögens- und Schuldenspirale würde sich überall weiter in die Höhe schrauben – in Europa dann wie vor der Einführung des Euro wieder in nationaler Fragmentierung und nicht mehr im Ganzen.

Aber das ist es im Widerspruch zum eurofeindlichen Titel seines Buches gar nicht, was Sarrazin anstrebt: „Ein Auseinanderbrechen der Eurozone könnte negative Konsequenzen für die weitere Integration in Europa haben. ... Natürlich kann und soll man nicht einfach aussteigen.“ (237, 371) Sarrazin wendet sich auch gegen die Forderung des früheren BDI-Präsidenten Hans Olaf Henkel, die Eurozone in einen von Deutschland angeführten Nord-Euro und einen von Frankreich geführten Süd-Euro aufzuteilen: „Es wäre ein Fehler, ohne äußerst zwingende Gründe die Währungsunion ausgerechnet an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich wieder aufzutrennen. ... Wir müssen da weiter machen, wo wir heute stehen. ... Wir müssen wie-

der zu den Urprinzipien des Vertrags von Maastricht zurückkehren.“ (371, 387-388, 411) Es fragt sich nur, wie das gehen könnte, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass unter den Bedingungen einer zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und einer inneren Zerklüftung der europäischen Gesellschaften Hoffnungen auf die Erfüllbarkeit von Konvergenzkriterien von vornherein eine Illusion waren und sind.

Ob sich Sarrazin ein Weitermachen mit oder ohne Griechenland vorstellt, lässt er trotz aller Ressentiments gegen die „Mentalität der Südländer“ am Ende offen. Er verweist nur darauf, dass der griechische Staat fast vollständig bei ausländischen Banken, u.a. bei der Commerzbank und der Hypo Real Estate, verschuldet ist (177, 196-197), kritisiert aber nicht, dass mit beträchtlichen Anteilen der griechischen Schulden Rüstungsgüter aus Deutschland bezahlt werden und dass mit den Rettungsmilliarden letztlich weniger der griechische Staat als deutsche und andere ausländische Banken gerettet werden. Auch deshalb hatte Günter Grass Recht, als er – ohne Missstände in Griechenland verharmlosen zu wollen – in seinem Gedicht „Europas Schande“ beklagte, dass Griechenland „unter Schrottwert taxiert und als Schuldner nackt an den Pranger gestellt (wird). ... Geistlos verkümmern wirst Du ohne das Land, dessen Geist Dich, Europa, erdachte.“ (Süddeutsche Zeitung vom 26.5.2012)

Es fragt sich, warum Thilo Sarrazin erst so viel Wasser auf die Mühen eines dumpfen Rechtspopulismus gießt, um am Ende doch noch zu der richtigen Einsicht zu kommen, dass der von Krisen geschüttelte Euro nicht zerbrechen, sondern als Ganzes saniert werden sollte. Zu einem gangbaren Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma des Euro trägt er mit seinem Buch "Europa braucht den Euro nicht" jedoch nichts Konstruktives bei. Auch Wissenschaft und Politik werden das Problem mit ihrem Gezerre zwischen härteren Sparmaßnahmen und einer laxeren Schuldenpolitik mit Eurobonds nicht lösen können. Dabei wird die ungelöste Problematik der strukturellen Macht des Geldes und der wachsenden Geldvermögen nur zwischen Gegenwart und Zukunft hin und her geschoben. Um einer weiteren Verschärfung

der Krise mitsamt ihren steigenden Wogen des Rechtspopulismus zuvorzukommen, wäre es an der Zeit, das sich selbst beschleunigende Wachstum von Geldvermögen und Schulden in den Griff zu bekommen, was mit einem Einbau von Bremsen nur auf der Schuldenseite nicht gehen wird. Hilfreich könnte hier der Vorschlag der Geldreformbewegung sein, zusätzlich zu höheren Quoten des Eigenkapitals von Banken bzw. zum Vollgeld, geordneten Staatsinsolvenzen, Tobinsteuer und globalem Ressourcenmanagement das gegenüber der Realwirtschaft verselbstständigte Geld mit Hilfe einer Liquiditätsgebühr – Keynes sprach in Ablehnung an Gesells Freigeld von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ – wieder einzufangen und ihm seine strukturelle Macht über Menschen und Märkte zu nehmen. Als Folge davon könnte sich das innereuropäische Zinsniveau allmählich angleichen. Wenn sich dann mittel- und langfristig die Marktzinsen – und nicht nur die Leitzinsen der Zentralbanken – bei einem Gleichgewichtssatz von Null einpendeln, käme auch das Wachstum der Geldvermögen und mittelbar auch das Wachstum der Schulden zum Erliegen.

Auf dem Weg dorthin wäre in extrem verschuldeten Ländern wie Griechenland auch ein Zwischenschritt in Gestalt eines Parallelwährungssystems denkbar, bei dem diese Länder weiterhin in der Eurozone bleiben und zugleich mit Hilfe einer inländischen Komplementärwährung ihre Binnenkonjunktur wieder in Gang bringen. Übrigens hat schon der antike Philosoph Platon in seinem Werk „Gesetze“ erstmals den Gedanken einer Eisenwährung für den Binnenhandel und einer Edelmetallwährung für den Fernhandel geäußert.

Als Ergänzung zu einer Reform des Euro bedarf es auch einer Neugestaltung der globalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor“-Plan, der ein neutrales Weltgeld „Bancor“ anstelle einer einzelnen nationalen Währung als Leitwährung vorsah und der nicht nur Schuldner-, sondern auch Gläubigerländer unter einen gleichen Druck zum Ausgleich ihrer Import-/Exportbeziehungen setzen wollte. Auf diese Weise könnte eine egalitäre und offene Weltgesellschaft entstehen, in der sowohl Kapitalinteressen als auch wirtschaftliche Not und

politische Verfolgung als Auslöser von Wanderungsbewegungen wegfallen. Wenn die Lebenschancen der Menschen weltweit gerecht verteilt werden, bräuchte Europa keine Festung mehr sein. Die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit aller Menschen auf dieser Erde würde dann in erster Linie ihrem wissenschaftlichen und kulturellem Austausch dienen – und ihrem freien Handel mit im Vergleich zu heute weniger Wirtschaftsgütern, deren Produktion sich nicht regionalisieren lässt. Alles in allem ließe sich dann auch die Mobilität im Interesse des Weltklimas auf ein geringeres Maß reduzieren. Bei alledem sollte die Frage nach einer optimalen Struktur des Geldes Vorrang vor der Frage nach der optimalen Größe von Währungsräumen bekommen.

Werner Onken

### In eigener Sache:

Vom 19. bis 30. Oktober 2012 macht unserer Verlag **„Umzugs-Betriebsferien“**.

Die **neue Anschrift** danach:  
Christianspries 23, 24159 Kiel.  
Telefon, Fax und eMail-Adressen verändern sich nicht.

Bereits ab Anfang Oktober erfolgt eine gravierende Umstrukturierung. Die ausführlichen Details lagen bei Redaktionsschluss leider noch nicht vor. Beachten Sie deshalb ggf. die Hinweise auf [www.gauke.net](http://www.gauke.net) und [www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de)

## 51. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

### Jenseits von Lohnarbeit und Kapitalmacht – Unternehmen in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

3. und 4. November 2012,  
Reinhardswaldschule, Fuldatal-Simmershausen bei Kassel

#### SAMSTAG, 3. NOVEMBER 2012

- 9.30 Uhr **Begrüßung & Eröffnung der Tagung**  
*Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt*
- 9.45 Uhr **Die Auswirkungen von Vollbeschäftigung auf das Verhältnis der Unternehmer zu ihren Mitarbeitern**  
*Eckhard Behrens, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll*
- 10.45 Uhr **Die Auswirkungen einer Sättigung des Kapitalmarkts auf das Verhältnis der Unternehmer zu den Kapitalgebern**  
*Fritz Andres, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll*
- 11.30 Uhr Diskussion zu den beiden Vorträgen
- 14.30 Uhr **Eigentum und Arbeit in einer Solidarischen Ökonomie**  
*Bernd Winkelmann, Kirchohmfeld, „Akademie Solidarische Ökonomie“*
- 15.30 Uhr **Partizipatorische Unternehmensverfassung in einer Solidarischen Ökonomie**  
*Norbert Bertholt, Lüneburg, „Akademie Solidarische Ökonomie“*
- 16.45 Uhr Diskussion zu den beiden Vorträgen
- 20.00 Uhr **Betriebliche Partnerschaft**  
*Dipl.-Betriebswirt Dirk Lambach, AGP Kassel*

#### SONNTAG, 4. NOVEMBER 2012

- 9.00 Uhr **Beyond equity - die bilanziellen Schatten der Rentenökonomie**  
*Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld*
- 11.00 Uhr Podiumsdiskussion und zusammenfassendes Rundgespräch
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – *Änderungen vorbehalten!*

#### Anmeldung erforderlich.

Formular auf [www.muendener-gespraech.de](http://www.muendener-gespraech.de)  
Anmeldungen bitte an Christopher Ranft  
Am Römerweg 4, 84424 Isen | eMail: [c.ranft@gmx.net](mailto:c.ranft@gmx.net)



## VERANSTALTUNGEN

### ■ Geld und Wachstum

Jahrestagung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) am 20.-22. September 2012 am Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg/Br.

*Nähere Informationen:* Mail: [info@voeoe.de](mailto:info@voeoe.de)  
<http://www.voeeoe.de/jahrestagung-2012/>  
<http://wachstumswende.de/events/voo-tagung-2012>

### ■ Neue Geldordnung - Ausweg aus der europäischen Schuldenmisere

Veranstaltung der "Monetative e.V." am 27. Oktober 2012 in der Urania Berlin

mit Prof. Dr. Joseph Huber, Prof. Dr. Helge Peukert, Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Prof. Dr. Thomas Huth, Prof. Dr. Niko Paech u.a.

*Nähere Informationen:*  
[www.monetative.org](http://www.monetative.org) und [www.urania.de](http://www.urania.de)  
 oder Tel.: 030 - 218 9091  
 eMail: [kontakt@urania-berlin.de](mailto:kontakt@urania-berlin.de)

### ■ 10 Jahre Chiemgauer Regionalgeld – Euro – Weltwährung

52. Mündener Gespräche am 23./24. März 2012 in der Reinhardswaldschule in Fuldata am nördlichen Rand von Kassel

*Nähere Informationen:*  
[www.muendener-gespraech.de](http://www.muendener-gespraech.de)

## DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

*M.Sc. (Econ) Edoardo Beretta*  
 c/o Università della Svizzera Italiana  
 Fakultät für Wirtschaftswissenschaften  
 Via G. Buffi 13, 6900 Lugano / Schweiz

*Dipl.-Kfm. Thomas Betz*  
 Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

*Stefanie Breme-Breilmann*  
 Schlüskamp 8, 24576 Bad Bramstedt

*Prof. Dr. Roland Geitmann*  
 Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

*Dr. Hugo Godschalk*  
 c/o Paysys  
 Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

*Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude*  
 Wiedel 13, 48565 Steinfurt

*Heike Holdinghausen*  
 c/o taz - die tageszeitung  
 Rudi-Dutschke-Straße 24  
 10969 Berlin

*Annette Jensen*  
 c/o Journalistenbüro  
 Zinzendorfstr. 5, 10555 Berlin

*Karsten Köhler*  
 Paul-Gruner-Straße 53, 04107 Leipzig

*Dr. Ulrich Schachtschneider*  
 Hamelmannstr. 13, 26129 Oldenburg

*Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens*  
 Jahnatal 4a, 01594 Jahnishausen/Riesa

*Prof. Dr. Gerhard Senft*  
 c/o Wirtschaftsuniversität Wien  
 Augasse 2-6, 1090 Wien / Österreich

*Dr. Christian Thiel*  
 Robert-Gerber-Str. 32, 86159 Augsburg

*Prof. Dr. Fabian Thiel*  
 Beethovenstr. 4a, 60325 Frankfurt/M.

*Dr. Hans-Günter Wagner*  
 c/o Staatliche Studienakademie Plauen  
 Melanchthonstr. 1/3, 08523 Plauen

*Dipl.-Soz. Felix Wilke*  
 c/o Uni Kassel  
 Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel

*Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld*  
 c/o Dipl.-Ing. Ludwig Schuster  
 Herrfurthstr. 12, 12049 Berlin

*Dipl.-Psych. Theophil Wonneberger*  
 Schwabenallee 50, 12683 Berlin



Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.

Die hier zusammengetragenen Beispiele aus der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit bis hin zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben ein eindrucksvolles kulturgeschichtlich-ökonomisches Mosaik. Es soll kulturell kreative und interessierte Menschen ermutigen, Berührungsängste gegenüber der ‚trockenen Materie‘ der Ökonomie einschließlich ihrer alternativen Denkansätze abzubauen, denn eine gerechte, friedliche und naturverträgliche Zukunftsgesellschaft bedarf ihrer Wegbereitung auch durch die Literatur, Kunst und Musik. Gerade für sie könnten sich darin auch Möglichkeiten einer freien, von Mäzenen, Staaten und Sponsoren unabhängigen Existenz eröffnen.

WERNER ONKEN:

**Geld und Natur  
in Literatur, Kunst und Musik**

285 S., 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen,  
Pb., 29,90 EURO | ISBN 978-3-87998-460-2



Jahr für Jahr werden zwischen 3.000 und 30.000 Tier- und Pflanzenarten ausgelöscht – wir befinden uns mitten im größten Artensterben während der letzten 65 Millionen Jahre. Zugleich übersteigt jedes Jahr (!) die Zahl der Menschen, die durch die Folgen von Armut, Hunger, unzureichendem Zugang zu Wasser etc. getötet werden, die Zahl aller Soldaten, die während der sechs Jahre des Zweiten Weltkrieges ihr Leben ließen. Die Zerstörung der Natur und die Zerstörung von Menschen: Beides hängt eng miteinander zusammen; das Vernichtungswerk hat System. Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungs-Gurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusivrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits ein – uralte Steine des Anstoßes, die schon im Alten Testament zu finden sind. Mit der Globalisierung bekommen sie eine neue Dimension. Diese Neuerscheinung versteht sich als kritisches Lehrbuch. Angesichts der Härte, mit der sich die Lehrbuchorthodoxie mittlerweile an der Realität stößt, ist Häresie das Gebot der Stunde.

DIRK LÖHR:

**Die Plünderung der Erde  
Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung |  
Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik**

2. überarb. und erweiterte Auflage 2009  
486 S., Pb., zahlr. Abbildungen und Tabellen, 34,- EURO  
ISBN 978-3-87998-455-8



SILVIO GESELL:  
„Reichtum und  
Armut gehören  
nicht in einen  
geordneten  
Staat.“

Werkauswahl zum  
150. Geburtstag  
zusammengestellt  
von Werner Onken

2. überarbeitete  
Auflage 2012

230 Seiten, Pb.

19,90 EURO [2012]

ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:  
SOZIALÖKONOMIE-SHOP  
[www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de)

**GAUKE GMBH**  
Hofholzallee 67  
24109 Kiel  
Fon: 0431-6793650  
Fax: 0431-6793651  
[mail@gauke.net](mailto:mail@gauke.net)  
[www.gauke.net](http://www.gauke.net)